



12

Schlaglichter
der Wirtschaftspolitik
Dezember 2023
Monatsbericht

12

Wie lässt sich Wohlfahrt messen? –
Ergebnisse der Konsultation des
BMWK zur Wohlfahrtsmessung im
Jahreswirtschaftsbericht

18

Kosten und Risiken des Klimawandels:
Neue Herausforderungen für die wirt-
schaftspolitische Koordinierung auf
EU-Ebene

22

GreenTech Innovationswettbewerb:
Klima- und Umweltschutz mit
digitalen Technologien

NEUE INDUSTRIESTRATEGIE –
INDUSTRIEPOLITIK
IN DER ZEITENWENDE

Liebe Leserin, lieber Leser,

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem am 15. November 2023 verkündeten Urteil entschieden, dass das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 nichtig ist. Die Bundesregierung respektiert das Urteil und wertet es unter Federführung des Bundesministeriums der Finanzen sorgfältig aus. Dies wird ein wenig Zeit in Anspruch nehmen:

Es gilt nun, die Auswirkungen der Entscheidung zu prüfen und gemeinsam Wege zu finden, die eine Fortführung der angestrebten Maßnahmen möglich machen. Denn mit den Geldern war Sinnvolles für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes geplant: Über den Klima- und Transformationsfonds sollten zentrale Maßnahmen für Klimaschutz und die Erneuerung unserer Industrie finanziert werden. Diese Maßnahmen bleiben sinnvoll, denn es handelt sich um Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Deswegen arbeiten wir nun daran, in möglichst großem Umfang weiterhin investieren zu können. Ziel ist, den Weg in Richtung Klimaneutralität fortzusetzen, den deutschen Industriestandort wettbewerbsfähig zu halten – und damit Arbeitsplätze zu sichern!

Deutschland ist ein starkes Industrieland. Dies gilt im europäischen, aber auch im weltweiten Vergleich. Und auch die Entscheidung aus Karlsruhe hat nichts daran geändert, dass wir diese Stärke bewahren und ausbauen wollen. Sie liegt vor allem in der Vielfalt der Unternehmen und der Leistung ihrer Beschäftigten – das Ergebnis sind hochwertige, innovative und weltweit führende Produkte. Mit unserer Industriestrategie „Industriepolitik in der Zeitenwende: Industriestandort sichern, Wohlstand erneuern,



Wirtschaftssicherheit stärken“ vom 24. Oktober dieses Jahres wollen wir allen beteiligten Akteuren in diesen sehr herausfordernden Zeiten Orientierung bieten und die Stärken der deutschen Industrie für die Zukunft sichern. Wir wollen jetzt die Weichen für eine klimaneutrale Industrie in Deutschland stellen. Auch für die Dekarbonisierung nachgelagerter Sektoren ist eine leistungsfähige und innovative Industrie wichtig, weil sie die entscheidenden Technologien für die Transformation dieser Sektoren bereitstellen muss. Welche Herausforderungen, Handlungsfelder und -bedarfe wir mit der Strategie in den Mittelpunkt unserer Industriepolitik rücken, erfahren Sie in dieser Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine anregende Lektüre!

A handwritten signature in black ink that reads "Robert Habeck". The signature is fluid and cursive, with the first letters of the first and last names being capitalized and prominent.

Dr. Robert Habeck

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Inhalt



DIE „SCHLAGLICHTER“ IM ABONNEMENT

Melden Sie sich für den Schlaglichter-Newsletter an und verpassen Sie keine Ausgabe mehr: schlaglichter/newsletter



MEHR IM WEB

Schlaglichter-Ausgaben online lesen: www.bmwk.de/schlaglichter

- 02 Editorial
- 04 Konjunkturschlaglicht
- 44 Impressum

Wirtschaftspolitik

- 07 Neue Industriestrategie – Industriepolitik in der Zeitenwende
- 12 Wie lässt sich Wohlfahrt messen? – Ergebnisse der Konsultation des BMWK zur Wohlfahrtsmessung im Jahreswirtschaftsbericht
- 18 Kosten und Risiken des Klimawandels: Neue Herausforderungen für die wirtschaftspolitische Koordinierung auf EU-Ebene
- 22 GreenTech Innovationswettbewerb: Klima- und Umweltschutz mit digitalen Technologien
- 25 Neuausrichtung des außenwirtschaftlichen Förderinstruments: „Partnering in Business with Germany“
- 27 Termine

Konjunktur

- 29 Die wirtschaftliche Lage im November 2023
- 36 BIP Nowcast für das vierte Quartal 2023 und das erste Quartal 2024
- 38 Die Weltwirtschaft stabilisiert sich auf niedrigem Niveau – Risiken dominieren weiterhin und Divergenzen nehmen zu

KONJUNKTURSCHLAGLICHT

November 2023

Die wirtschaftliche Schwächephase hält an



Gesamtwirtschaft



Die deutsche Wirtschaft stagnierte auch im dritten Quartal 2023. Sie löst sich nur langsam aus den Belastungen infolge des Energiepreisschocks, der finanz- und geldpolitischen Maßnahmen und der weltwirtschaftlichen Abschwächung. Jüngste Stimmungsindikatoren (ifo Geschäftserwartungen, ZEW-Konjunkturerwartungen) deuten eine Bodenbildung an.



Außenwirtschaft



Die nominalen Aus- und Einfuhren von Waren und Dienstleistungen tendierten im dritten Jahresviertel weiterhin abwärts.

Die Einfuhren konnten aber immerhin nach drei Rückgängen im September erstmals wieder einen leichten Anstieg verbuchen. Die Frühindikatoren senden bislang kaum positive Signale. Die angeschlagene Weltwirtschaft einerseits und die schwache Binnenkonjunktur andererseits dämpfen den deutschen Außenhandel.

LEGENDE

- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020



Produktion

INDUSTRIEPRODUKTION UND AUFTRAGSEINGANG IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Industrieproduktion setzte im September ihren seit Sommer anhaltenden rückläufigen Trend fort. Auch die Energieproduktion ging zum Quartalsende spürbar zurück, während sich das Baugewerbe seitwärts entwickelte. Der zuletzt leichte Anstieg bei den Auftragseingängen und die Stabilisierung einzelner Stimmungsindikatoren lassen auf Besserung hoffen.



Privater Konsum

EINZELHANDEL OHNE KFZ

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)



Arbeitsmarkt

Die verhaltene Konjunktur spiegelt sich nach wie vor auf dem Arbeitsmarkt wider. Saisonbereinigt blieb die Erwerbstätigkeit im September wie in den vorangegangenen Monaten nahezu unverändert, die Arbeitslosigkeit stieg im Oktober erneut leicht an. Die Frühindikatoren von IAB und ifo senden gemischte Signale. Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung ist mit einer Erholung am Arbeitsmarkt erst im Frühjahr zu rechnen.

ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1.000), Veränderung zum Vormonat



Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

Die Entwicklung im Einzelhandel blieb im September unverändert schwach. Die Umsätze sanken den vierten Monat in Folge. Die Verbraucherstimmung und das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel trübten sich erneut ein. Angesichts steigender Reallöhne und abnehmender Inflationsraten könnte sich der private Konsum in den kommenden Quartalen wieder beleben.

WW



WIRTSCHAFTSPOLITIK



Neue Industriestrategie - Industriepolitik in der Zeitenwende



STÄRKEN UND CHARAKTERISTIKA DER INDUSTRIE

Deutschland ist ein starkes Industrieland im Herzen der EU und kann dabei auf eine lange Erfolgsgeschichte zurückblicken. Diese Stärke liegt zuallererst in den vielen innovativen und produktiven Unternehmen selbst sowie der Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begründet. Dabei zeichnet sich die deutsche Industrie durch eine große Vielfalt aus: Neben einigen wenigen Großunternehmen zählen 90 Prozent der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe zu den kleinen und mittleren Unternehmen, die häufig in langer Familientradition geführt sind und sich oft als Hidden Champions auf dem Weltmarkt behaupten. Die Industrie ist außerdem ein Teil der sozialen und kulturellen Identität Deutschlands und tief in Lebensformen und Arbeitsbiographien eingeschrieben, was sich auch in einer Kultur der Mitbestimmung und der Sozialpartnerschaften zeigt.

Neben diesen Besonderheiten sind zwei weitere Strukturmerkmale zentral für die deutsche Industrie: erstens, die hohe Bedeutung internationaler Wertschöpfungsverflechtungen. Unterschiedliche Produktionsstufen sind häufig über Wirtschaftszweige und Ländergrenzen verteilt, was dazu führt, dass große Unternehmen und kleine Unternehmen des Mittelstands eng miteinander verknüpft sind und

gemeinsam am gleichen Endprodukt arbeiten. Und zweitens, die starke Innovationstätigkeit, durch die sich die deutsche Industrie auszeichnet. Dies zeigt sich beispielsweise im hohen Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) am Bruttoinlandsprodukt (BIP), der im Jahr 2021 in Deutschland bei 3,13 Prozent lag und einen besonders hohen „FuE-Fußabdruck“ der Industrie aufwies. Auch in Bezug auf Patentanmeldungen gehört Deutschland international zu den Spitzenreitern.

Der Anteil der Industrie an der deutschen Bruttowertschöpfung liegt weiterhin bei gut einem Fünftel (2022: 20,4 Prozent), was im Vergleich zu anderen Ländern recht hoch ist. Zudem weist die Industrie eine um etwa 20 Prozent höhere Arbeitsproduktivität auf als der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt. Auch vom Schock der Coronapandemie im Jahr 2020, der einen starken Rückgang der Industrieproduktion auslöste, konnte sich die Industrie recht zügig erholen – trotz Lieferengpässen, Fachkräftemangel und hoher Energiepreise. Zwar ist der Anteil der energieintensiven Industrie an der Industrieproduktion nach den Verwerfungen auf den Energiemärkten infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine deutlich zurückgegangen, der Anteil der übrigen Branchen veränderte sich hingegen kaum und zeigt sich somit bemerkenswert resilient. 



Bundesminister Dr. Robert Habeck bei der Industriekonferenz 2023

INDUSTRIE- KONFERENZ

31. Oktober 2023



Bundesminister Dr. Robert Habeck (Mitte) im Gespräch mit (v.l.n.r.) Carina Jantsch, Moderatorin, Wally Adeyemo, stellvertretender US-Finanzminister, Yasmin Fahimi, Vorsitzende des DGB, und Prof. Dr.-Ing. Siegfried Russwurm, Präsident des BDI, bei der Industriekonferenz 2023

AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN DER INDUSTRIE

Dennoch steht bei allen Stärken das Industrieland Deutschland heute vor großen, strukturellen Herausforderungen:

- **Geopolitische Zeitenwende:** Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Mit den anhaltend höheren Energiepreisen hat diese Zeitenwende bereits sehr handfeste Auswirkungen auf unsere Industrie. Doch sie sind nur der aktuellste Ausdruck einer tiefgreifenden Veränderung der internationalen geopolitischen und ökonomischen Wirklichkeit. Die letzten drei Jahrzehnte waren bestimmt von einer marktdominierten, aber zugleich regelgeprägten Globalisierung. In den letzten Jahren sind jedoch geopolitische und geoökonomische Konflikte mit voller Wucht in die Wirtschaftspolitik zurückgekehrt. Handels-, Technologie- und Industriepolitik sind Instrumente in dieser Auseinandersetzung.
- **Vernachlässigte Standortfaktoren:** Die Standortbedingungen haben sich verschlechtert, auch weil über lange Zeit notwendige Reformen und Investitionen ausgeblieben sind: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wurde nicht entschieden genug vorangetrieben, die Infrastruktur nicht ausreichend erneuert, gefährliche wirtschaftliche Abhängigkeiten sind entstanden, die Bürokratie ist in vielen Bereichen ausgeufert, der Fachkräftemangel wurde nicht entschieden angegangen.

- **Transformation hin zur Klimaneutralität:** Die Klimakrise verpflichtet zu entschiedenem Handeln. Die Transformation zur Klimaneutralität und die damit verbundene Erneuerung unseres Wohlstandes bieten mittel- und langfristige Chancen, erfordern im Übergang aber auch große Anstrengungen und Kosten für die Industrie und ihre Beschäftigten.

Viele Unternehmen gehen diese Herausforderungen bereits an; sie diversifizieren ihre Lieferketten, investieren in Erneuerbare Energien und transformieren ihre Herstellungsprozesse. Aber die Herausforderungen erfordern auch politische Antworten, um die Industrieunternehmen bei den notwendigen Veränderungsprozessen zu unterstützen. Die Sicherung des Industriestandorts verlangt einen klaren Kurs in Form einer strategischen Industriepolitik.

NEUE INDUSTRIESTRATEGIE DES BMWK BEGRÜNDET ZENTRALE HANDLUNGSFELDER

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat vor den beschriebenen Herausforderungen im Oktober unter dem Titel „Industriepolitik in der Zeitenwende: Industriestandort sichern, Wohlstand erneuern, Wirtschaftssicherheit stärken“ eine neue Industriestrategie veröffentlicht. Die Strategie gibt eine umfassende Begründung der Industriepolitik der Bundesregierung in zentralen Handlungsfeldern und identifiziert zusätzliche Handlungsbedarfe. Dabei orientiert



sich die Strategie an einem klaren Leitbild: Deutschland soll als starker Industriestandort inklusive Grundstoffindustrie in Zeiten der Umbrüche bewahrt bleiben und gleichzeitig wichtiger Standort für Zukunftsindustrien – von Halbleitern bis Transformationstechnologien – werden. Neben der Transformation zur Klimaneutralität und damit verbundener Erneuerung von Wohlstand und Wohlstandsteilhaber ist Ziel der Strategie auch die Stärkung der deutschen und europäischen Wirtschaftssicherheit unter den Bedingungen von Zeitenwende und Klimakrise.

Um diese Ziele zu erreichen, definiert die Industriestrategie konkrete strategische Ansätze, nach denen die Industriepolitik des BMWK geleitet sein soll. Als ersten Punkt bekennt sich die Strategie zu einer europäischen Ausrichtung und sieht die Europäische Union als den Rahmen für das industriepolitische Handeln in Deutschland. Der europäische Green Deal und die europäische Industriestrategie bieten dabei den strategischen Überbau, da eine Vielzahl von europäischen Instrumenten wie der EU Chips Act die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Maßnahmen überhaupt erst möglich machten. Umgekehrt sieht die Strategie den Erhalt des deutschen Industriestandorts als einen wesentlichen Beitrag dazu, die industrielle Basis in Europa zu sichern.

Einen weiteren Kernpunkt des strategischen Ansatzes der deutschen Industriepolitik in der Zeitenwende sieht die Industriestrategie in einer Stärkung der Standortbedingungen. Das Hauptaugenmerk der Industriepolitik des BMWK liegt demnach auf einer transformativen Angebotspolitik. Denn in einer Zeit, die durch ein sinkendes Angebot fossiler Energie, zunehmende Ressourcenknappheit und Fachkräftemangel geprägt ist, soll der Staat mit einer solchen Politik den bestehenden Knappheiten entgegenwirken oder zumindest dafür sorgen, dass diese sich nicht weiter verschärfen. Zu einer transformativen Angebotspolitik gehört in diesem Sinne insbesondere die Sicherstellung der Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen, eine moderne Infrastruktur, eine effiziente Verwaltung mit schnellen Prozessen und die Verfügbarkeit von gut ausgebildeten Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere durch qualitativ hochwertige Bildungsangebote und Einwanderung.

In jedem dieser Felder hat die Bundesregierung bereits erhebliche Anstrengungen unternommen. Wichtige Schritte sind aber noch zu gehen – insbesondere bei der Energiewende und der Sicherstellung langfristig wettbewerbsfähiger Strompreise, bei der weiteren Planungsbeschleunigung und Entbürokratisierung und bei der konkreten Umsetzung der Fachkräfteeinwanderung. Die weitere Verbesserung der Angebotsbedingungen muss entsprechend dieser strategischen Grundlage den Schwer-

punkt der zweiten Halbzeit der Bundesregierung bilden. Einen großen Fortschritt in diese Richtung hat die Bundesregierung bereits am 9. November 2023 erreicht, nur wenige Wochen nach dem Erscheinen der neuen Industriestrategie des BMWK. In Form eines Strompreispaketes verständigte sich die Bundesregierung auf zusätzliche Entlastungen für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes in Deutschland über den Zeitraum der nächsten fünf Jahre, beispielsweise durch die massive Absenkung der Stromsteuer auf den EU-rechtlichen Mindestsatz für das Produzierende Gewerbe.

Neben dem Fokus auf eine Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln begründet die neue Industriestrategie des BMWK in bestimmten, klar definierten Fällen zudem die gezielte finanzielle Unterstützung und Förderung von Unternehmen und Branchen. Dabei weist die Strategie klar auf die Risiken von Industriepolitik und einer aktiven Rolle des Staates – über das Setzen von Rahmenbedingungen hinaus – hin. Industrieförderung impliziert notwendigerweise eine politische Auswahl, die anfällig für Lobbyismus ist; der Erfolg ist nicht garantiert. Ökonomisch begründen lässt sich eine aktive staatliche Förderpolitik dennoch, wenn ein Marktversagen vorliegt und nur mit Hilfe staatlicher Förderung Innovationen zur Marktgängigkeit verholfen werden kann. Zudem ist Wirtschaftssicherheit angesichts der veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen eine neue Priorität der Industrie- und Wirtschaftspolitik. Auch muss die Industrie vor unfairem Wettbewerb geschützt und die Umstellung auf klimafreundliche Produktionstechnologien ermöglicht werden. Eine aktive Unternehmensförderpolitik ist auch mit dem Übergang zur Klimaneutralität und dem Wechsel zu Erneuerbaren Energien zu begründen. Diese Übergangsphase zu glätten, um Unternehmen, die hier dauerhaft wettbewerbsfähig produzieren könnten, zu halten, ist ökonomisch wie politisch gut begründet.

Bei der Gestaltung der Förderprogramme definiert die Strategie verschiedene Grundsätze, von denen sich die deutsche Industriepolitik in der Praxis ableitet. Dazu gehört, dass Kredite, Bürgschaften oder rückzahlbare Zuschüsse, wenn möglich, Vorrang vor nicht-rückzahlbaren Subventionen haben sollten. Zudem solle das Fördersystem kohärent sein und regelmäßig einer wissenschaftlichen Erfolgskontrolle unterzogen werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist eine Exit-Strategie für jede Förderung, um ungewollte Dauersubventionen zu vermeiden. Auch soll mit Verbündeten auf engere Absprachen im Hinblick auf die Gewährung von finanzieller Förderung hingearbeitet werden und damit teure Subventionswettläufe möglichst eingedämmt werden.



ERFOLGREICHE INDUSTRIEKONFERENZ ALS ERSTER MEILENSTEIN

Die Industriestrategie des BMWK ist ein Beitrag dazu, die Industriepolitik der Bundesregierung zu erklären und ihren größeren strategischen Zusammenhang sowie ihre Einbettung in die Soziale Marktwirtschaft zu beschreiben. Sie ist zugleich ein Impuls zur Zukunft des Industriestandorts. Erster Meilenstein in dieser Debatte war die Industriekonferenz des BMWK am 31. Oktober 2023, auf der die Strategie breit im Bündnis Zukunft der Industrie mit Verbänden und Gewerkschaften sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik aus Deutschland, Europa und unserer Verbündeten weltweit diskutiert worden ist. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: Grundsatzfragen der Industriepolitik; Bündnis Zukunft der Industrie

schlaglichter@bmwk.bund.de

Die Industriestrategie und eine Kurzzusammenfassung finden Sie hier: www.bmwk.de/industriestrategie



Wie lässt sich Wohlfahrt messen? – Ergebnisse der Konsultation des BMWK zur Wohlfahrtsmessung im Jahreswirtschaftsbericht

Mit dem erstmals im *Jahreswirtschaftsbericht (JWB) 2022* eingeführten Kapitel zur Wohlfahrtsmessung (S. 79–101) verfolgt die Bundesregierung das Ziel, wirtschaftspolitische Kennziffern wie das Bruttoinlandsprodukt durch andere Indikatoren zu ergänzen und weitere Aspekte von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit in den Blick zu nehmen, die für die Gesamtschau der Wirtschafts- und Finanzpolitik von besonderer Bedeutung sind. Dazu wurde ein Set aus über 30 Einzelindikatoren erarbeitet, die neben ökonomischen auch ökologische und soziale Dimensionen von Wohlfahrt stärker berücksichtigen. Damit orientiert sich die Indikatorik am Leitbild der Sozial-ökologischen Marktwirtschaft.

Die im JWB 2022 erstmals veröffentlichte Wohlfahrtsindikatorik wird seither kontinuierlich überprüft und verbes-

sert. Nachdem das Kapitel der Wohlfahrtsmessung in seiner zweiten Auflage im *JWB 2023* (S. 107–133) bereits punktuell überarbeitet wurde, sollen nun Impulse aus einem breit angelegten Beteiligungsprozess aufgegriffen werden. Dazu hat das BMWK in einem ersten Schritt eine öffentliche Online-Konsultation für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger durchgeführt. In der sechs Wochen laufenden Befragung konnten insgesamt 12 Fragen beantwortet werden. Neben der Auswahl vorgegebener Antwortoptionen war bei einigen der Fragen auch eine Texteingabe in einem Freifeld möglich.

Insgesamt 2.732 Personen haben sich an der Konsultation beteiligt und damit wertvolle Anregungen für den weiteren Prozess gegeben. Die Ergebnisse der Konsultation werden nachfolgend vorgestellt.



Kasten 1: Methodische Herangehensweise und Besonderheiten der Konsultation

Bei der Interpretation der Ergebnisse sind die methodischen Besonderheiten der Konsultation zu beachten. Da es sich in diesem Fall um eine offene Online-Umfrage handelt, an der alle Interessierten teilnehmen konnten, sind die Ergebnisse nicht repräsentativ für die gesamte Bevölkerung.

Die Teilnahme an der Umfrage erforderte nur die Angabe von Vorname, Name und der E-Mail-Adresse. Demographische Merkmale wie Alter oder Geschlecht wurden bewusst nicht abgefragt, um möglichst wenige persönliche Daten zu sammeln und die Teilnahmhürden niedrig zu halten.

Um mit diesen methodischen Besonderheiten der Konsultation umzugehen und die Interpretation der Ergebnisse zu verbessern, wurden in der Auswertung der Ergebnisse verschiedene Prüfungen der Robustheit eingebaut. Ein Beispiel hierfür ist die Identifikation unterschiedlicher Antwortmuster von Personen, denen das Kapitel bereits bekannt war und solchen, die es nicht kannten.

Weiterhin hat jede Frage im Fragebogen leicht unterschiedliche Antwortzahlen, weshalb sich die Grundgesamtheit von Frage zu Frage unterscheiden kann. Insgesamt wurde der Fragebogen 5.036 Mal aufgerufen, 1.308 Personen haben den Fragebogen vollständig und 1.424 Personen teilweise ausgefüllt. Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf diejenigen Personen, die die Einzelfragen jeweils beantwortet haben.

ZENTRALE ERGEBNISSE DER KONSULTATION

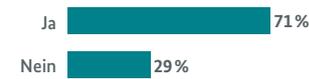
Die Vorstellung der Ergebnisse wird entsprechend der Struktur des Fragebogens in die folgenden Abschnitte aufgliedert: (a) Einstiegsfragen, (b) Struktur und Lesbarkeit, (c) Themenbereiche und Indikatoren, (d) Vorschläge für neu aufzunehmende Indikatoren und (e) Weitere Anmerkungen und Ideen.

(a) Einstiegsfragen

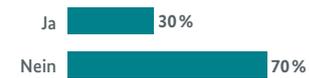
Bei den Einstiegsfragen wurde gefragt, ob die Teilnehmenden eine ergänzende Wohlfahrtsmessung im JWB grundsätzlich befürworten, ob ihnen das entsprechende Kapitel im JWB vor Beantwortung des Fragebogens bekannt war und wenn „Ja“, wie die Person davon erfahren hat (vgl. Abbildung 1). Fast drei Viertel der Teilnehmenden befürworten die Integration einer Wohlfahrtsmessung im JWB. Hingegen kannten lediglich 30 % das neue Kapitel. Davon wiederum hat gut die Hälfte aus der Presse von der Wohlfahrtsmessung, im JWB erfahren und 22 % haben den JWB tatsächlich gelesen. Die Umfrage dürfte insofern nicht nur die Bekanntheit des Kapitels zur Wohlfahrtsmessung, sondern auch des JWB insgesamt erhöht haben.

ABBILDUNG 1: AUSWERTUNG FRAGE 1 UND 2

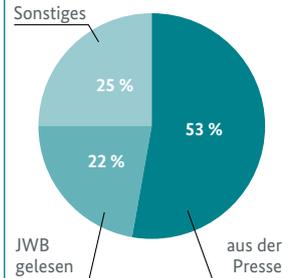
F.1: Befürworten Sie die Integration einer ergänzenden Wohlfahrtsmessung im Jahreswirtschaftsbericht [...]?



F.2: War Ihnen bekannt, dass der Jahreswirtschaftsbericht ein Kapitel zur Wohlfahrtsmessung enthält?



F.2.a: Wenn „Ja“, wie haben Sie davon erfahren?



Kasten 2: Indikatoren zur Wohlfahrtsmessung im Jahreswirtschaftsbericht 2023

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Grundbedürfnisse

- Bruttonationaleinkommen je Einwohner
- Reallohnentwicklung
- Erwerbstätigenquote
- Arbeitsproduktivität
- 30- bis 34-jährige akademisch Qualifizierte oder beruflich Höherqualifizierte
- Entwicklung von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage
- Vorzeitige Sterblichkeit
- Anteil von Personen mit hohen Wohnkosten
- Erreichbarkeit zentraler Einrichtungen der Daseinsvorsorge

Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe

- Regionale Einkommensverteilung
- Gini-Koeffizient des Einkommens nach Sozialtransfers
- Frauen in Führungspositionen
- Existenzgründungen von Frauen
- Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern
- Kinder in Ganztagsbetreuung in Tageseinrichtungen
- Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger

Zukunftsfähigkeit von Staat und Wirtschaft

- Bruttoanlageinvestitionen
- Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung
- Innovatorenquote
- Gründungsquote und Anteil innovativer Gründungen
- Breitbandausbau
- Welthandelsanteil bei forschungsintensiven Waren



- Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit einer Staatsangehörigkeit aus der EU und Drittstaaten
- Öffentliche Schuldenquote
- Abstand zur schuldenstandstabilisierenden Defizitquote
- Kredit/BIP-Lücke

Ökologische Grenzen

- Treibhausgas-Emissionen
- Investitionen in Maßnahmen für den Klimaschutz
- Anteil erneuerbarer Energien am Brutto-Endenergieverbrauch
- Endenergieproduktivität
- Gesamtrohstoffproduktivität
- Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche
- Emissionen von Luftschadstoffen
- Nitratminderung im Grundwasser

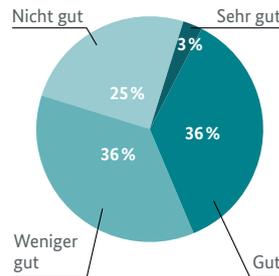
(b) Struktur und Lesbarkeit

Die Mehrheit der Teilnehmenden sieht bei der Struktur und Lesbarkeit des JWB-Kapitels zur Wohlfahrtsindikatorik Verbesserungspotenzial: 61 % finden diese bisher „weniger gut“ oder „nicht gut“ (vgl. Abbildung 2). Ferner wurden die Teilnehmenden gefragt, ob das Kapitel um eine einseitige Gesamtübersicht aller Indikatoren ergänzt werden sollte. Mit 81 % erhielt dieser Vorschlag eine große Zustimmung. Die Anzahl von bislang 34 Indikatoren, die im entsprechenden Kapitel des JWB 2023 dargestellt werden, wird häufig als zu hoch eingeschätzt – dies dürfte sich auch auf die wahrgenommene Struktur und Lesbarkeit auswirken. Knapp die Hälfte der Antwortenden gab an, dass es „zu viele“ Indikatoren gebe. Für 34 % ist die bisherige Anzahl passend und für 22 % könnte die Anzahl noch ausgeweitet werden.

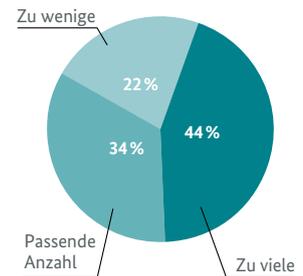
In den Freitextfeldern wurde von einigen Teilnehmenden kritisiert, dass Indikatoren teilweise zu komplex sind und die Sprache im JWB-Kapitel zu wissenschaftlich; auch dies dürfte sich auf die Bewertung der Lesbarkeit auswirken.

ABBILDUNG 2: AUSWERTUNG FRAGE 3, 4 UND 7

F.3: Wie gefällt Ihnen die Gestaltung (Struktur und Lesbarkeit) des Kapitels zur Wohlfahrtsmessung?



F.7: Das Kapitel zur Wohlfahrtsmessung im JWB 2023 umfasst 34 Indikatoren. Wie beurteilen Sie die Anzahl der Indikatoren?



F.4: Sollte das Kapitel zur Wohlfahrtsmessung um eine einseitige Gesamtübersicht aller Indikatoren ergänzt werden?



(c) Themenbereiche und Indikatoren

Anschließend wurden die Teilnehmenden gefragt, welche Themenbereiche bislang zu wenig oder zu stark adressiert werden.

Die Top 3 der unzureichend adressierten Themenbereiche sind *Bildung*, *Soziales und Verteilung* sowie *Gesundheit*. Als übergewichtet adressiert angesehen werden *Wirtschaft*, *Klimaschutz* und *Geschlechtergerechtigkeit*. Zudem wurde für jeden Themenbereich die Differenz zwischen dem Anteil derjenigen, die den Themenbereich als unzureichend adressiert sehen (=„wichtig“) und dem Anteil derjenigen, die den Themenbereich als übergewichtet adressiert betrachten (=„weniger wichtig“) gebildet. Aus den Differenzen wurde eine Rangliste abgeleitet, die zeigt, in welchen Bereichen die Teilnehmenden



TABELLE 1: AUSWERTUNG FRAGE 5 UND 6 – RANGFOLGEN DER THEMENBEREICHE

Themenbereich	unzureichend adressiert (in %)		übergewichtet adressiert (in %)		Differenz	
Bildung	38,7	1	4,9	11	33,9	1
Gesundheit	32,2	3	4,8	3	27,3	2
Wohnen und Erreichbarkeit	29,8	5	4,9	10	24,9	3
Soziales und Verteilung	38,1	2	13,3	5	24,9	4
Forschung und Innovation	26,6	6	4,5	13	22,0	5
Energie	21,3	9	6,8	8	14,5	6
Umwelt und Naturschutz	30,7	4	17,0	4	13,7	7
Investitionen	18,3	12	5,8	9	12,5	8
Öffentliche Finanzen	20,1	11	8,0	7	12,1	9
Arbeit	20,9	10	9,7	6	11,1	10
Klimaschutz	26,5	7	24,6	2	1,9	11
Wirtschaft	23,2	8	25,0	1	-1,8	12
Geschlechtergerechtigkeit	16,2	13	22,8	3	-6,5	13

an der Konsultation in der Summe eine stärkere Berücksichtigung wünschen. Auch nach dieser Auswertung stehen *Bildung, Gesundheit, Wohnen und Erreichbarkeit* sowie *Soziales und Verteilung* ganz oben, wohingegen *Klimaschutz, Wirtschaft* und *Geschlechtergerechtigkeit* am Ende zu finden sind.

Wie in *Tabelle 1* zu erkennen ist, gehen die Antworten bei manchen Themenbereichen stark auseinander. Hier zeigt sich eine starke Polarität der Einschätzungen. Beispiele sind etwa die Bereiche *Klimaschutz* und *Wirtschaft*. Hier gibt es sowohl viele Stimmen, die diese Bereiche als unzureichend adressiert empfinden, als auch viele Stimmen, die den Themenbereich in der Wohlfahrtsindikatorik als übergewichtet sehen.

In vergleichbarer Weise konnten Teilnehmende auch die 34 Einzelindikatoren aus dem Kapitel Wohlfahrtsmessung im JWB 2023 beurteilen. Die Antworten liefern Hinweise dazu, welche konkreten Indikatoren von den Antwortenden als „besonders wichtig“ sowie „ungeeignet“ angesehen werden. Es konnte ferner auch eingetragen werden, aus welchem Grund ein Indikator als ungeeignet eingeschätzt wird. Neben inhaltlichen Begründungen wurde oft angeführt, dass die Indikatoren teilweise sehr komplex und schwer verständlich seien oder einen zu spezifischen Aspekt der Wohlfahrt abbilden würden.

Die Top 3 der von den Teilnehmenden als besonders wichtig eingestuften Indikatoren sind *Reallohnentwicklung*,

Bruttonationaleinkommen je Einwohner und Erwerbstätigenquote. Die Liste der ungeeignetsten Indikatoren führen an: *30- bis 34-jährige akademisch Qualifizierte oder beruflich Höherqualifizierte* – maßgeblich aufgrund der Nichtberücksichtigung von Berufsausbildungen, *Frauen in Führungspositionen* – maßgeblich mit Blick auf die Frage der Berücksichtigung von Qualifikation und Leistung sowie *Existenzgründungen von Frauen* – unter anderem mit Verweis auf die Wichtigkeit der Gründungsquote insgesamt.

Auch hier wurde aus den Antworten eine Rangliste der Bedeutung der einzelnen Indikatoren ermittelt. Danach werden die Indikatoren *Reallohnentwicklung, Erwerbstätigenquote* und *Erreichbarkeit zentraler Einrichtungen der Daseinsvorsorge* als am wichtigsten und *Existenzgründungen von Frauen, Frauen in Führungspositionen* und *30- bis 34-jährige akademisch Qualifizierte oder beruflich Höherqualifizierte* als am wenigsten wichtig beurteilt.

Die Resultate der Einzelindikatoren widersprechen dabei auf den ersten Blick in Teilen den Einschätzungen zu den Themenbereichen. So scheinen den Antwortenden solche Indikatoren besonders wichtig zu sein, die eng an die wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt sind. Gleichzeitig belegt der Themenbereich *Wirtschaft* in der Gesamtbetrachtung den vorletzten Platz. Ein Grund für diese gegensätzlichen Ergebnisse könnte sein, dass die Wohlfahrtsmessung das BIP und weitere wirtschaftspolitische Kennziffern ergänzen soll und deshalb der Themenbereich *Wirtschaft* von den Teilnehmenden grund-



TABELLE 2: AUSWERTUNG FRAGE 9 UND 10 – RANGFOLGEN DER INDIKATOREN

Indikator	besonders wichtig (in %)		ungeeignet (in %)		Differenz	
<i>Reallohnentwicklung</i>	48,2	1	3,8	29	44,4	1
<i>Erwerbstätigenquote</i>	24,5	3	5,0	23	19,5	2
<i>Erreichbarkeit zentraler Einrichtungen der Daseinsvorsorge</i>	21,8	4	4,6	26	17,1	3
<i>Private und öffentliche Ausgaben für FuE</i>	14,9	13	2,1	34	12,8	4
<i>Regionale Einkommensverteilung</i>	16,8	10	4,3	27	12,5	5
<i>Entwicklung von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage</i>	14,1	15	2,6	33	11,5	6
<i>Arbeitsproduktivität</i>	18,9	7	7,8	13	11,2	7
<i>Öffentliche Schuldenquote</i>	15,3	12	5,1	20	10,2	8
<i>Bruttonationaleinkommen je Einwohner</i>	24,9	2	16,1	4	8,8	9
<i>Investitionen in Maßnahmen für den Klimaschutz</i>	20,4	6	12,1	6	8,3	10
[...]						[...]
<i>Gesamtrohstoffproduktivität</i>	4,9	30	3,2	32	1,7	25
<i>Kredit/BIP-Lücke</i>	5,1	29	3,9	28	1,2	26
<i>Bruttoanlageinvestitionen</i>	5,5	25	5,1	21	0,4	27
<i>Vorzeitige Sterblichkeit</i>	11,0	21	11,0	9	-0,1	28
<i>Welthandelsanteil bei forschungsintensiven Waren</i>	5,3	27	5,8	18	-0,6	29
<i>Innovatorenquote</i>	4,2	31	4,9	24	-0,6	30
<i>Abstand zur schuldenstandstabilisierenden Defizitquote</i>	1,5	34	6,1	17	-4,6	31
<i>Existenzgründungen von Frauen</i>	2,3	32	18,8	3	-16,5	32
<i>Frauen in Führungspositionen</i>	5,1	28	22,6	2	-17,5	33
<i>30- bis 34-jährige akademisch Qualifizierte oder beruflich Höherqualifizierte</i>	2,3	33	23,6	17	-21,3	34

WIE GEHT ES NUN WEITER?

Aus den Ergebnissen der Konsultation lässt sich deuten, dass die Idee der Wohlfahrtsmessung in der Gesellschaft tendenziell auf Zustimmung trifft. Der Ansatz der Bundesregierung zeigt somit in die richtige Richtung. Aus den gesammelten Rückmeldungen können wertvolle Impulse für die strukturelle und inhaltliche Weiterentwicklung der Wohlfahrtsberichterstattung abgeleitet werden.

Die im Zuge der Konsultation des BMWK gewonnenen Erkenntnisse werden nun innerhalb der Bundesregierung gespiegelt und bei der Weiterentwicklung der Wohlfahrtsmessung im JWB in den kommenden Jahren berücksichtigt.

Die Auswertung der Online-Konsultation bildet zugleich die Grundlage für den zweiten Schritt des breit angelegten Konsultationsprozesses. Dabei sollen Roundtables mit Expertinnen und Experten einzelne, in der Online-Befragung eingebrachten Aspekte nochmals aufgreifen und detailliert diskutieren. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: Wirtschaftspolitische Analyse
schlaglichter@bmwk.bund.de

Jahreswirtschaftsbericht 2022 der Bundesregierung:
www.bmwk.de/jwb-2022 (Kapitel zur Wohlfahrtsmessung:
S. 79-101)

Jahreswirtschaftsbericht 2023 der Bundesregierung:
www.bmwk.de/jwb-2023 (Kapitel zur Wohlfahrtsmessung:
S. 107-133)

Kosten und Risiken des Klimawandels: Neue Herausforderungen für die wirtschaftspolitische Koordinierung auf EU-Ebene

Auf europäischer Ebene versucht die EU-Kommission zusammen mit den Mitgliedstaaten, gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte frühzeitig zu erkennen, sie zu verhindern oder bereits bestehende Ungleichgewichte gemeinsam zu korrigieren. Dabei berücksichtigt sie eine Vielzahl von Aspekten, wie zum Beispiel den Leistungsbilanzsaldo, die Lohnstückkosten, Arbeitslosenquoten oder private sowie öffentliche Schuldenstände. Die Auswirkungen des Klimawandels in den einzelnen Mitgliedstaaten werden dabei bislang im Kontext der wirtschaftspolitischen Koordinierung nicht separat betrachtet.

Der Klimawandel ist ein globales Problem, das nicht nur ökologische Folgen hat, sondern auch wirtschaftliche Kosten und Risiken mit sich bringt. Dabei kann zwischen physischen Risiken und Umstellungskosten unterschieden werden: Mit physischen Risiken sind die direkten Schäden gemeint, die durch den Klimawandel verursacht werden, wie etwa die Folgen von häufiger werdenden Unwettern und Extremwetterlagen. Umstellungskosten entstehen im Zuge des Wandels zu klimaneutralem Wirtschaften etwa durch die Veränderung von Produktionsprozessen und auch bei Anpassungen an den Klimawandel, etwa wenn der Klimawandel die räumliche Verlagerung von wirtschaftlichen Aktivitäten oder den Bau von Dämmen erfordert. Kosten

und Risiken entstehen nicht nur bei den Bürgerinnen und Bürgern und den einzelnen Betrieben, sondern auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene.

KOSTEN UND RISIKEN DES KLIMAWANDELS VARIIEREN REGIONAL

Klimarisiken treten nicht gleichförmig und stetig auf, sondern variieren regional erheblich. So haben manche Länder mehr Probleme mit einer Zunahme von Extremwetterereignissen, während für Länder mit viel Industrie, die auf fossiler Energie beruht, die Umstellung auf klimaneutrale Produktion die größere Herausforderung ist. Die Risiken und Kosten, die sich für die Mitgliedsländer der Europäischen Union aus dem Klimawandel ergeben, sind entsprechend sehr unterschiedlich.

Für das Funktionieren der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist es von zentraler Bedeutung, die Konzentration von Risiken in einzelnen Mitgliedstaaten zu begrenzen. Das BMWK setzt sich angesichts des voranschreitenden Klimawandels dafür ein, Risiken und Kosten von Klimawandel und Klimapolitik im Rahmen der wirtschaftspolitischen Koordinierung künftig stärker zu berücksichtigen.



KOSTEN DES KLIMAWANDELS: EU-STAA TEN SIND UNTERSCHIEDLICH BETROFFEN

Der Klimawandel führt zu mehr und zum Teil auch extremen Wetterereignissen und häufigeren sowie schwereren Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Wirbelstürmen, Dürren, Waldbränden und Hitzewellen. Solche physischen Risiken können Sachwerte beschädigen, Lieferketten unterbrechen und Infrastrukturausfälle verursachen, was zu wirtschaftlichen Verlusten führt.

Forschungsergebnisse der Europäischen Energieagentur (Abbildung 1) zeigen, dass die Regionen Europas von physischen Klimarisiken unterschiedlich stark betroffen sind. Während in Italiens Norden Hitzewellen das dominante Risiko sind, sind im Süden vor allem übermäßige Regenfälle eine Gefahr. In Deutschland und Zentraleuropa wiederum ist Dürre das größte physische Klimarisiko.

ABBILDUNG 1: REGIONEN MIT BESORGNISERREGENDEN WETTEREREIGNISSEN IM JAHR 2018



- | | | | |
|--|--|--|-----------------|
| | Heiße und trockene Wetterbedingungen | | Regenüberschuss |
| | Dürre | | Hitzewelle |
| | Länder, die nicht Mitglied der Europäischen Energieagentur sind bzw. mit ihr kooperieren | | |

Quelle: Europäische Energieagentur (2019)

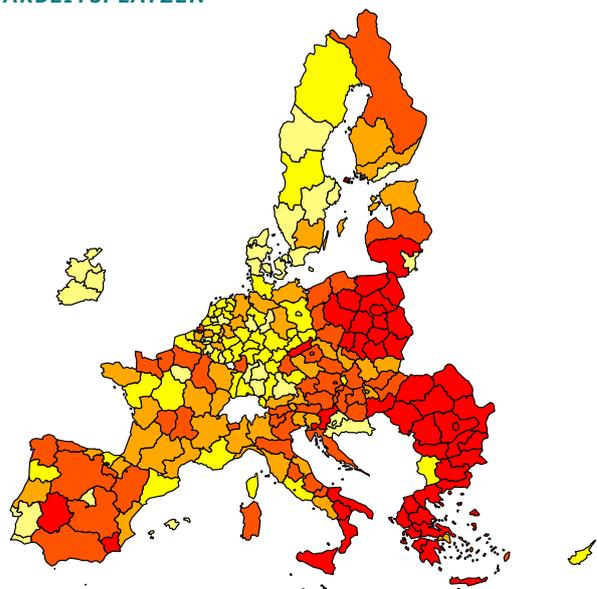
AUCH UMSTELLUNGSKOSTEN BETREFFEN EU-MITGLIEDSSTAATEN UNTERSCHIEDLICH STARK

Neben dem Klimawandel selbst sind auch die Umstellung auf klimaneutrales Wirtschaften und etwaige Anpassungen mit Kosten verbunden und ziehen entsprechende gesamtwirtschaftliche Auswirkungen nach sich. Die grüne Trans-

formation erfordert, dass Haushalte, Unternehmen und auch der Staat Art und Weise ihres bisherigen kohlenstoffintensiven Wirtschaftens umstellen. Dies kann z. B. dazu führen, dass Investitionen in fossile Brennstoffreserven oder Infrastrukturen unwirtschaftlich werden. Denn wenn sich die Wirtschaft auf klimaneutrale Energiequellen umstellt, muss ein Teil des Kapitalstocks abgeschrieben werden. Auch die Bepreisung von CO₂-Emissionen kann (und soll) dazu führen, dass besonders klimaschädliche Geschäftsmodelle nicht mehr wirtschaftlich sind und ein Umstellungsbedarf entsteht.

Belastungen für die öffentlichen Haushalte entstehen zudem durch die Herausforderung, die negativen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Dekarbonisierung sozial und strukturell abzufedern. Die Kosten für den entsprechenden Ausgleich können je nach Land, den gewählten politischen Strategien und auch in Bezug auf Geschwindigkeit sowie Umfang der Umsetzung variieren. Außerdem hängen sie von den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder auch der Veränderungsbereitschaft der Gesellschaft ab. Neben Umschulungsmaßnahmen könnten dazu auch Einkommens- und Anpassungshilfen für betroffene Haushalte und Beschäftigte nötig werden. Außerdem könnte die Förderung von Innovation und privaten Investitionen in grüne Technologien zusätzlich erhebliche und langfristige öffentliche Investitionen erfordern.

ABBILDUNG 2: REGIONEN MIT „BRAUNEN“ ARBEITSPLÄTZEN



Anteil „brauner“ Arbeitsplätze (d. h. Arbeitsplätze in besonders CO₂-intensiven Industrien)

- | | | | | | |
|--|-----------|--|---------|--|-------------|
| | 10% – 45% | | 6% – 7% | | 0% – 4% |
| | 7% – 10% | | 4% – 6% | | keine Daten |

Quelle: Vandeplas et al. (2022)



Auch diese Umstellungskosten sind in Europa regional sehr unterschiedlich verteilt. Die Beschäftigung in besonders CO₂-intensiven Industrien („braunen Industrien“) ist hier ein aussagekräftiger Indikator. Forschungsarbeiten der EU-Kommission haben ergeben, dass es besonders viele von der Umstellung auf Klimaneutralität betroffene Arbeitsplätze in Osteuropa, aber auch in Süditalien und in Spanien gibt (Abbildung 2). Die betroffenen Branchen sind vor allem die Fischerei, die Landwirtschaft, der Bergbau, die Chemie, die Herstellung von Metallen, aber auch nichtmetallischer mineralischer Produkte und Erdölprodukte, die Abfallwirtschaft, der Luftverkehr, die Schifffahrt sowie nicht zuletzt die Energieversorgung. Nach Schätzung der EU-Kommission kommen für die EU als Ganzes allein für die Aus- und Weiterbildung – zur Vorbereitung von Arbeitskräften auf die grüne Transformation – Kosten von rund 0,8 Prozent der Wirtschaftsleistung (gemessen mit dem BIP) zusammen. Für Deutschland fällt die Schätzung mit 0,7 Prozent etwas geringer aus. Für Bulgarien, Rumänien, Polen, Griechenland, Portugal, Tschechien, die Slowakei oder das Baltikum liegen die Schätzungen bei 1 Prozent bis über 1,8 Prozent des nationalen BIP.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOORDINIERUNG SOLLTE KLIMARISIKEN EINBEZIEHEN

Unterschiedliche makroökonomische Folgen des Klimawandels zwischen den Mitgliedstaaten und auch innerhalb dieser sind also ein ernstzunehmender wirtschaftspolitischer Faktor. Es zeichnet sich ab, dass es sowohl innerhalb der einzelnen EU-Mitgliedstaaten als auch zwischen ihnen erhebliche Ungleichgewichte bei den volkswirtschaftlichen Folgen des Klimawandels gibt und geben wird.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie diese Risiken in die Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik einbezogen werden können. Die 27 Mitgliedstaaten der EU koordinieren ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitik in einem jährlichen, festgelegten Prozess, dem so genannten Europäischen Semester (s. Kasten 1).

Kasten 1: Der Klimawandel im Europäischen Semester

Mit der Grundausrichtung auf den Green Deal und ökologische Nachhaltigkeit hat die Europäische Union in den letzten Jahren die Klimapolitik in den Fokus genommen und in der wirtschaftspolitischen Koordinierung zunehmend mitgedacht. Das Europäische Semester enthält daher bereits Ansätze, die für die verschiedenen makroökonomischen Risiken des Klimawandels relevant sind. So sorgt das Europäische Semester u.a. dafür, dass mit Empfehlungen zur Förderung der Entwicklung grüner Technologien und Industrien sowie zur Unterstützung des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft die Wider-

standsfähigkeit der Mitgliedstaaten gegenüber wirtschaftlichen Schocks, einschließlich solcher, die sich aus dem Klimawandel ergeben, erhöht wird. Gleichwohl beschäftigt sich das Semester aber noch nicht explizit mit den volkswirtschaftlichen Risiken und Kosten des Klimawandels.

DAS VERFAHREN FÜR MAKROÖKONOMISCHE UNGLEICHGEWICHTE KÖNNTE GEEIGNETEN RAHMEN BIETEN

Ein im Kontext volkswirtschaftlicher Ungleichgewichte zentrales Element des Europäischen Semesters ist das Verfahren für makroökonomische Ungleichgewichte (Macroeconomic Imbalance Procedure, MIP). Mit dem MIP versucht die EU-Kommission zusammen mit den Mitgliedstaaten, gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte frühzeitig zu erkennen, zu vermeiden und bereits bestehende Ungleichgewichte zu korrigieren. Das Verfahren stützt sich auf ein Scoreboard von 14 Indikatoren (s. Kasten 2).

Kasten 2: Das Verfahren für makroökonomische Ungleichgewichte

Beim Verfahren für makroökonomische Ungleichgewichte werden 14 Indikatoren – z.B. Arbeitslosigkeit oder die Leistungsbilanz – betrachtet, um die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten zu überwachen. Zusammen bilden die Indikatoren das so genannte Scoreboard, auf Basis dessen die EU-Kommission entscheidet, ob ein Mitgliedstaat ein Ungleichgewicht oder gar ein „übermäßiges“ Ungleichgewicht verzeichnet. Dabei werden die Daten nicht mechanisch, sondern mit einem so genannten „*economic reading*“ interpretiert: Betrachtet werden die Daten in der Gesamtschau und vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen jedes einzelnen Mitgliedstaates.

Hauptindikatoren des MIP-Scoreboards

- Leistungsbilanzsaldo
- Nettoauslandsvermögensstatus
- Realer effektiver Wechselkurs
- Exportmarktanteil
- Nominale Lohnstückkosten
- Hauspreisindex
- Kreditstrom des privaten Sektors
- Schuldenstand des privaten Sektors
- Öffentlicher Schuldenstand
- Arbeitslosenquote
- Verbindlichkeiten des gesamten Finanzsektors
- Erwerbsquote
- Langzeitarbeitslosenquote
- Jugendarbeitslosenquote



Mit voranschreitendem Klimawandel dürften dessen makroökonomische Folgen auch im bestehenden Scoreboard des MIP spürbar werden – jedoch nur im Rückblick: So könnten sich durch Extremwetter und verschleppte Übergangskosten die Wirtschaftsleistung und damit Beschäftigung, Außenhandel oder auch Verschuldung verschlechtern.

Auch wenn das MIP grundsätzlich also ein geeignetes Instrument darstellt, makroökonomische Ungleichgewichte resultierend aus dem Klimawandel zu identifizieren und ihnen wirtschaftspolitisch zu begegnen, besteht das Problem, dass physische Risiken und Umstellungsrisiken des Klimawandels sich kaum vorausschauend erfassen lassen. Es ist jedoch an der Zeit, auch den vor diesem Hintergrund entstehenden Ungleichgewichten vorzubeugen. Dies gilt umso mehr, weil die volkswirtschaftlichen Folgen des Klimawandels regional höchst unterschiedlich ausfallen werden.

Bislang berücksichtigt die Analyse im Rahmen des MIP die Verletzlichkeit von Volkswirtschaften aufgrund der makroökonomischen Effekte des Klimawandels nicht explizit. Deshalb setzt sich die Bundesregierung derzeit dafür ein, auch diese Faktoren im Hinblick auf potenzielle Risiken für den Finanzsektor und die Realwirtschaft im Kontext des MIP zu diskutieren. Aus Sicht des BMWK sollten volkswirtschaftliche Risiken des Klimawandels künftig explizit im Rahmen des Scoreboards als eine weitere Dimension möglicher Ungleichgewichte betrachtet werden. Denn dass der Klimawandel künftig zunehmend auch gesamtwirtschaftliche Folgen haben – und Krisen verursachen – wird, ist mittlerweile sehr wahrscheinlich. Diese Risiken sollten im Rahmen der europäischen Fiskal-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik abgebildet werden.

Deshalb arbeitet das BMWK derzeit an konkreten Vorschlägen, wie solche Faktoren im MIP berücksichtigt werden können.

- Konkret ließen sich physische Risiken in das Scoreboard einbeziehen, indem Messgrößen für die volkswirtschaftliche Gefahr durch Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Sturmfluten oder Waldbrände berücksichtigt werden. Andere Indikatoren könnten Messgrößen für klimabedingte Schäden an Infrastruktur und Eigentum sein, wie der Wert der durch extreme Wetterereignisse beschädigten oder zerstörten Häuser oder Unternehmen.

- Um Umstellungskosten in das MIP einzubeziehen, könnten Messgrößen für die Kohlenstoffintensität der Wirtschaft eingeführt werden, wie der Anteil fossiler Brennstoffe am Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen pro Kopf. Andere Indikatoren könnten Messgrößen wie beispielsweise der Bestand an sogenannten „braunen“ volkswirtschaftlichen Vermögensgegenständen (Kohlebergwerke, Ölreserven und andere kohlenstoffintensive Infrastruktur) am Kapitalstock sein. In Verbindung mit dem Schuldenstand eines Mitgliedstaates liefert dieser eine Einschätzung über die Herausforderungen, die für einzelne Mitgliedstaaten mit der grünen Transformation einhergehen.

SOLIDE DATENGRUNDLAGE BENÖTIGT

Bei einer Integration von Klimarisiken in die Risikobewertung der einzelnen Mitgliedstaaten ist zu berücksichtigen: Ein für alle EU-Mitglieder geltendes Verfahren benötigt eine solide Datengrundlage mit für alle Mitgliedstaaten verfügbaren Daten. Aktuell liegen hinreichend geeignete Daten für ein ergänztes Monitoring im Kontext des Makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens noch nicht vor. Es laufen jedoch zahlreiche nationale Anstrengungen sowie Initiativen auf EU-Ebene (hier v. a. das Projekt „Projection of Economic impacts of climate change in Sectors of the European Union“ oder einfach PESETA), um die volkswirtschaftlichen Folgen des Klimawandels besser zu erfassen und zwischen den Mitgliedstaaten vergleichbar zu machen. Umso wichtiger ist, dass große EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland dies unterstützen. Der Klimawandel wird volkswirtschaftliche Folgen haben und wir müssen uns darauf gut und frühzeitig auch auf europäischer Ebene vorbereiten. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: Europäische Wirtschafts- und Währungsfragen
schlaglichter@bmwk.bund.de

Studie der EU-Kommission zu „braunen Arbeitsplätzen“:
[Vandeplas et al. \(2022\)](#)

Studie der Europäischen Energieagentur zu extremen Wetterereignissen 2018: [Europäische Energieagentur \(2019\)](#)
 MIP-Scoreboard: [EU-Kommission \(2023\)](#)



GreenTech Innovationswettbewerb: Klima- und Umweltschutz mit digitalen Technologien

Für die einen sind sie ein netter Pausenfüller, für die anderen fester Bestandteil der Abendroutine. Und dann gibt es noch die Menschen, die mit Videostreams problemlos ganze Wochenenden füllen können. Videostreaming verbraucht jedoch auch Ressourcen – zu Hause, vor allem aber in den Rechenzentren der Plattformen.

Wie der Online-Filmkonsum umweltfreundlicher werden kann, daran arbeitet das Projekt „Green Streaming“. Das Ziel: Jeder Teilprozess des Videostreamings soll „grüner“ werden – von der Produktion über die Distribution bis zum Abspielen auf Smartphones oder TV-Geräten. Mit Hilfe neuer Analyse- und Messwerkzeuge wie Künstlicher Intelligenz (KI) soll es möglich werden, die Effizienz des Videostreamings zu bewerten und den CO₂-Verbrauch zu bilanzieren. Am Endgerät soll ein Green-Streaming-Modus anzeigen, wie viel Energie zur Bereitstellung des Inhalts benötigt wurde und wie viel individuell eingespart werden kann, während gleichzeitig ein möglichst gutes Seherlebnis erhalten bleibt.

Um Projekte wie dieses zu fördern, hat das BMWK das Technologieprogramm „GreenTech Innovationswettbewerb“

aufgesetzt. Es soll Deutschland und Europa als Hightech-Standorte für digitale Technologien und darauf basierende Geschäftsmodelle stärken sowie dazu beitragen, die deutschen und europäischen Klima- und Umweltschutzziele zu erreichen. In diesem Rahmen fördert das BMWK mit dem GreenTech Innovationswettbewerb 21 Projekte mit 120 Projektpartnern. Etwa 75 Millionen Euro werden dafür zur Verfügung gestellt. Die geförderten Projekte haben sich zuvor im Wettbewerb in einem starken Bewerberfeld mit 139 eingereichten Anträgen durchgesetzt.

AUFTAKTVERANSTALTUNG ZUR VERNETZUNG DER RELEVANTEN AKTEURE

Am 19. Oktober 2023 fand die Auftaktveranstaltung des GreenTech Innovationswettbewerbs in Berlin statt. Dr. Franziska Brantner, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, zeichnete die 21 zur Förderung ausgewählten Projekte vor 165 anwesenden Gästen aus. In ihrer Keynote betonte sie: „Die ‚grünen Märkte‘ haben weltweit ein enormes Wachstumspotenzial und deutsche Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unter-



nehmen, können sich hier eine starke Marktstellung sichern. Mit dem GreenTech Innovationswettbewerb wollen wir das Innovationspotenzial im Bereich digitaler Umwelttechnik stärken. Die geförderten Projekte liefern wichtige Impulse für die digitale und nachhaltige Transformation der Wirtschaft.“

Besonders wichtig für den Erfolg des Technologieprogramms ist die Vernetzung der Projekte, um den Transfer der entwickelten Lösungen in die konkrete Anwendung in der Wirtschaft zu unterstützen. Aus diesem Grund nahmen auch Akteure wie der BDI, der Bitkom, die DHIK, der Green AI Hub Mittelstand und das Mittelstand-Digital Zentrum Klima.Neutral.Digital an der Veranstaltung teil und stellten sich und ihre Angebote für die geförderten Projekte vor. Prof. Dr. Thomas Weber, Präsident der deutschen Akademie für Technikwissenschaften, appellierte in seiner Keynote, dass die Projekte die Förderung des BMWK als Chance nutzen sollten, um mit ihren Projekten eine Strahlkraft in ihre jeweilige Branche zu entfalten.

GROSSE BANDBREITE DER GEFÖRDERTEN PROJEKTE

Digitale Technologien bieten branchenübergreifend das Potenzial, Produkte und Prozesse ressourceneffizienter zu gestalten und nachhaltige Wertschöpfungsnetzwerke auszubauen. Drei Beispiele verdeutlichen die Bandbreite der geförderten Projekte:

So möchte das Projekt SAAT den nachhaltigen Mischkulturanbau wirtschaftlicher machen. Damit wiederum ließe sich der übermäßige Einsatz chemischer Dünge- und Pflanzenschutzmittel deutlich reduzieren. Ein KI-basiertes Pla-

nungstool soll die optimale Feldbelegung ermitteln, ein Robotik-Sortiermodul die Ernte automatisieren. Nach erfolgreicher Erprobungsphase könnten landwirtschaftliche Betriebe mithilfe beider Technologien ihre Effizienz erhöhen, während Klima und Biodiversität vom geringeren Einsatz der chemischen Dünge- und Pflanzenschutzmittel profitieren.

Das Projekt *NaiS* möchte nachhaltige und intelligente Sanierungsmaßnahmen für Wohn- und Bürogebäude vorantreiben. Im ersten Schritt werden die Informationen zu den Gebäuden digitalisiert, die beispielsweise als PDF- oder Bilddateien vorliegen und nicht maschinell lesbar sind. Hier handelt es sich beispielsweise um Baupläne oder vorhandene Energieausweise. Mit intelligenten Analysemethoden kann im zweiten Schritt auf Basis der Informationen der Gebäudebestand und der Sanierungsbedarf bewertet werden, um Alternativen vergleichbar zu machen und Empfehlungen zu formulieren, zum Beispiel in Form eines Sanierungsfahrplans. Die Ergebnisse können zudem als Ausgangsbasis für einen digitalen Gebäuderessourcenpass und für den neuen Energieausweis genutzt werden.

Zudem kann durch den Einsatz digitaler Technologien der CO₂-Ausstoß transparenter dargestellt werden. Diese Informationen können Verbraucher und Investoren nutzen, um nachhaltige Kaufentscheidungen zu treffen. Das Projekt *CliCE-DiPP* macht vor, wie so eine Entscheidungsgrundlage entstehen kann. Hier entwickeln die Projektpartner einen digitalen Produktpass, der den CO₂-Fußabdruck misst. Die Besonderheit: In diesen Fußabdruck fließen die Treibhausgasemissionen der gesamten Wertschöpfungskette eines Produkts ein, vom Transport über die Nutzung bis zur Entsorgung. →



Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Franziska Brantner hielt die Keynote



Ausstellung der 21 Projekte auf der Auftaktveranstaltung des GreenTech Innovationswettbewerbs

REBOUNDEFFEKTE VERMEIDEN

Projekte wie CliCE-DiPP, NaiS oder SAAT zeigen, warum anwendungsnahe Forschung im Bereich der Digitalisierung enorme Chancen für den Klima- und Umweltschutz bietet. Besonders wichtig ist dabei, dass potenzielle Reboundeffekte durch den Einsatz digitaler Technologien vermieden werden. Der GreenTech Innovationswettbewerb hat deshalb einen Fokus darauf, digitale Technologien selbst nachhaltiger zu gestalten. Dass das notwendig ist, zeigte nicht zuletzt das Büro für Technikfolgen-Abschätzung des Deutschen Bundestags. Demnach könnte sich der digitalisierungsbedingte Energieverbrauch der IKT-Infrastruktur in Deutschland bis 2030 verdreifachen. Gerade deshalb sind Projekte wie Green Streaming so wichtig: Hier wird Pionierarbeit für eine klima- und umweltfreundliche Zukunft geleistet. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: Entwicklung digitaler Technologien
schlaglichter@bmwk.bund.de

Weitere Informationen zum Programm:
www.digitale-technologien.de/greentech



Neuausrichtung des außenwirtschaftlichen Förderinstruments: „Partnering in Business with Germany“

Partnering in Business with Germany, bisher bekannt unter dem Namen „Managerfortbildungsprogramm“, ist ein Programm für internationale Unternehmenskooperation des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Als Instrument der deutschen Außenwirtschaftsförderung bringt es vor allem mittelständische Unternehmen aus aktuell 17 Entwicklungs- und Schwellenländern mit deutschen Unternehmen zur Geschäftsanbahnung zusammen. Der Kreis der Partnerländer soll 2024 erweitert werden.

EIN PARTNERSCHAFTLICHER PROGRAMMANSATZ

Mit der Neuausrichtung des Programms, das die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des BMWK durchführt, wird ein neuer Schwerpunkt auf branchen- und themenspezifische Kooperationsformate gelegt: etwa in den Bereichen Energieeffizienz in der Industrie, Erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft, Industrie 4.0, Smart Farming und Nahrungsmittelindustrie, Gesundheits-, Bau- und Textilwirtschaft.

Die Ausrichtung auf neue Themenschwerpunkte hat unter anderem zum Ziel, über die entstehenden internationalen Geschäftspartnerschaften auch einen Beitrag zur Dekarbonisierung der Wirtschaft, zum Klimaschutz, zur Rohstoff- und Energieversorgung sowie zur Diversifizierung von Lieferketten zu leisten.

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums und der Neuausrichtung des Programms würdigte der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck am 25. Oktober 2023 vor 250 Gästen insbesondere den partnerschaftlichen Ansatz, der durch den neuen Namen noch stärker in den Mittelpunkt rücke. Dabei gehe es nicht nur um Partnerschaft in den Geschäftsbeziehungen, sondern auch um politische und häufig sogar menschliche Partnerschaft.

GUTE UND LANGFRISTIGE PROGRAMMWIRKUNGEN

Das Programm vermittelt Handlungskompetenzen für internationale Geschäftsbeziehungen, unterstützt die Geschäftsanbahnung mit deut-





Bundesminister Dr. Robert Habeck mit Partnerinnen und Partnern des Programms



Eine erfolgreiche Kooperation zwischen Deutschland und Mexiko

schen Unternehmen, bietet Marktzugang in Ländern, die für kleine und mittlere Unternehmen aus Deutschland nicht im unmittelbaren Fokus stehen, und fördert den Aufbau von Netzwerken in den Partnerländern.

Durch „Partnering in Business with Germany“ werden jährlich rund 1.000 ausländische Führungskräfte aus Afrika, Asien, Lateinamerika, dem Mittleren Osten und Osteuropa auf den Markteintritt in Deutschland vorbereitet. Das Programm stellt außerdem individuelle Kontakte (B2B) zu deutschen Unternehmen her, die ihrerseits ausländische Märkte erschließen wollen. Seit 1998 haben 17.000 Führungskräfte aus dem Ausland am Programm teilgenommen. Laut einer Befragung von Teilnehmenden aus den Jahren 2016–2021 gaben über die Hälfte der Befragten an, dass sie

bis heute noch den Kontakt zu den deutschen Unternehmen halten oder laufende Kooperationen mit ihnen haben. Als Beitrag zur Diversifizierung der deutschen Exportwirtschaft werden dem Programm perspektivisch weitere Partnerländer hinzugefügt werden. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: Partnering in Business with Germany – das Partnerschaftsprogramm für Unternehmenskooperation

schlaglichter@bmwk.bund.de

BUERO-VD2@bmwk.bund.de

www.partnering-in-business.de

Termine

JANUAR 2024

08.01.2024	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im November
09.01.2024	Produktion im Produzierenden Gewerbe im November
15.01.2024	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Januar“
15./16.01.2024	Informelles EU-Ministertreffen Umwelt (Brüssel)
15./16.01.2024	Eurogruppe/ECOFIN
22./23.01.2024	Informelles EU-Ministertreffen Handel (Brüssel)
31.01.2024	Jahreswirtschaftsbericht 2024

FEBRUAR 2024

05./06.02.2024	Informelles EU-Ministertreffen Kohäsion (Mons)
06.02.2024	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Dezember
07.02.2024	Produktion im Produzierenden Gewerbe im Dezember
08./09.02.2024	Informelles EU-Ministertreffen Wettbewerbsfähigkeit (Genk)
14.02.2024	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Februar“
19./20.02.2024	Informelles EU-Ministertreffen Tourismus (La Hulpe)
22./23.02.2024	Informelles Treffen Eurogruppe/ECOFIN (Gent)
29.02.2024	Handelsrat (am Rande der 13. WTO-Ministerkonferenz in Abu Dhabi)

MÄRZ 2024

04.03.2024	Energierat (Brüssel)
07.03.2024	Rat für Wettbewerbsfähigkeit (Brüssel)
07.03.2024	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Januar
08.03.2024	Produktion im Produzierenden Gewerbe im Januar
11./12.03.2024	Eurogruppe/ECOFIN
15.03.2024	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im März“
21./22.03.2024	Europäischer Rat (Brüssel)
25.03.2024	Umweltrat (Brüssel)

K



KONJUNKTUR



DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

in Deutschland im November 2023¹

IN KÜRZE

Die Stagnation der deutschen Wirtschaft hielt auch im dritten Quartal an, belastet durch einen rückläufigen privaten Konsum und eine schwache außenwirtschaftliche Nachfrage. Auch wenn sich die Rahmenbedingungen angesichts deutlich sinkender Inflationsraten, steigender Realeinkommen und einer leichten Aufhellung der Stimmung in der Wirtschaft etwas verbessern, wird der Einstieg in das Jahresendquartal durch die schwache statistische Ausgangslage zum Ende des dritten Quartals belastet.

Die Produktion in der Industrie ist im September gegenüber dem Vormonat spürbar zurückgegangen (-1,7%), während die Herstellung im Baugewerbe stagnierte (0,0%). Die Auftrags-eingänge im Verarbeitenden Gewerbe erhöhten sich zum Quartalsende leicht (+0,2%). Die Nachfragestabilisierung und Stimmungskindikatoren wie die ifo Geschäftserwartungen und die ZEW-Konjunkturerwartungen deuten jedoch auf eine Bodenbildung bei der Industriekonjunktur hin.

Im Einzelhandel verlief die Entwicklung bis zuletzt noch schwach. Die realen Umsätze ohne Kfz haben sich im September im Vormonatsvergleich um 0,6% verringert. Im Zuge steigender Löhne und rückläufiger Inflationsraten dürfte aber in den kommenden Quartalen mit einer Erholung des privaten Konsums zu rechnen sein.

Die Inflationsrate verringerte sich im Oktober auf 3,8%, dem niedrigsten Wert seit August 2021. Dabei war erstmals seit Januar 2021 ein Rückgang der Energiepreise zu konstatieren (-3,2%), was auf einen Basiseffekt aufgrund des hohen Energiepreinsniveaus im Vorjahr zurückzuführen ist. Nahrungsmittel verteuerten sich im Oktober mit +6,1% weiterhin überproportional, aber der Preisauftrieb lässt auch hier nach (September: +7,5%).

Auf dem Arbeitsmarkt macht sich die wirtschaftliche Schwächephase weiter bemerkbar und die Herbstbelebung fällt schwach aus. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich im Oktober saisonbereinigt (sb) um 30.000 Personen. Eine Erholung am Arbeitsmarkt ist erst im Frühjahr zu erwarten.

Die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen ist im Juli nach endgültigen Ergebnissen (1.586) ggü. dem Vormonat mit +2,5% (ggü. Vorjahresmonat: +37,4%) erneut gestiegen. Damit setzt sich der seit Mitte 2022 bestehende Trend ansteigender Insolvenzzahlen weiter fort. Der Frühindikator IWH-Insolvenztrend zeigt für Oktober 2023 einen leichten Anstieg von 2,1% ggü. dem Vormonat (Vorjahresmonat: +43,6%). Bei der Interpretation der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass die deutlichen Anstiege im Vergleich zum Vorjahr in Teilen auf einen Basiseffekt zurückgehen.

DEUTSCHE WIRTSCHAFT WEITER IN DER STAGNATION

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach wie vor in einer Stagnation. Laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts vom 30. Oktober ist das BIP im dritten Quartal 2023 preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber Vorquartal um 0,1 Prozent geringfügig zurückgegangen. Gleichzeitig hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse für das erste und zweite Quartal um jeweils 0,1 Prozentpunkte auf 0,0% bzw. +0,1% aufwärts revidiert, was das Bild der derzeitigen wirtschaftlichen Schwächephase aber nicht grundsätzlich ändert.

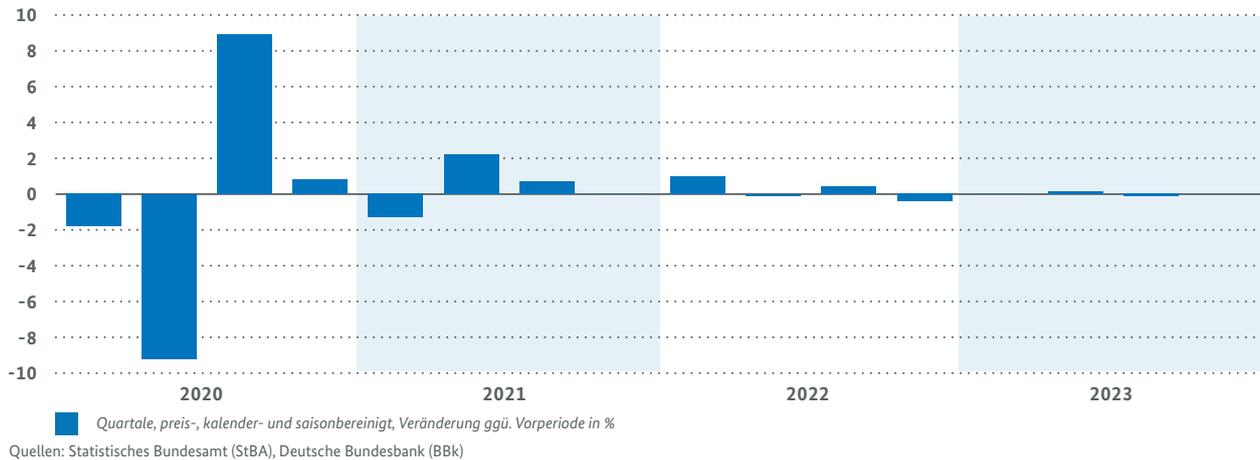
Nach ersten, vorläufigen Informationen dämpfte der private Konsum angesichts der nachwirkenden Kaufkraftverluste und der anhaltenden Konsumentenunsicherheit weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung auch im dritten Quartal. Der Außenhandel dürfte angesichts der anhaltenden weltwirtschaftlichen Schwäche im Quartalsvergleich ebenfalls rückläufig gewesen sein; sowohl Exporte als auch Importe waren zuletzt deutlich schwächer. Erfreulich ist, dass die Ausrüstungsinvestitionen erneut zugenommen haben und das Wachstum weiter stützen. Neben der Industrie war auch die Wertschöpfung im Bau und im Handel wohl weiter rückläufig. Die unternehmensnahen Dienstleistungsbereiche dürften sich dagegen günstiger entwickelt haben. Der Rückgang des BIP im dritten Quartal war auf Basis der vorliegenden Indikatoren (Industrieproduktion, Auftragseingänge) erwartet worden.

Die wirtschaftliche Schwächephase macht sich weiter auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar; der Beschäftigungsaufbau ist zu einem Stillstand gekommen und die Arbeitslosigkeit steigt in saisonbereinigter Rechnung weiter leicht an. Aktuelle Frühindikatoren deuten darauf hin, dass die wirtschaftliche Schwäche den Arbeitsmarkt noch über den Winter belasten dürfte und eine Erholung erst im Frühjahr zu erwarten ist.

Auch wenn einzelne Stimmungsindikatoren wie ifo Geschäftserwartungen und ZEW-Konjunkturerwartungen auf eine Bodenbildung am aktuellen



¹ In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 15. November 2023 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preis-, kalender- und saisonbereinigter Daten.

BRUTTOINLANDSPRODUKT

Rand hindeuten und sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen im Zuge spürbar rückläufiger Inflationsraten und wieder steigender Reallöhne verbessern, wird die Aussicht auf das Jahresendquartal durch die ungünstige statistische Ausgangslage zum Ende des dritten Quartals belastet.

WELTWIRTSCHAFTLICHE DYNAMIK NOCH SCHWACH, DIVERGENZEN NEHMEN ZU

Die weltweite Industrieproduktion nahm im August im Vergleich zum Vormonat verhalten zu (+0,7%) und auch der Welthandel expandierte mit nur 0,4% leicht. Von den Frühindikatoren kommen aktuell gemischte Signale für die weitere Entwicklung des Welthandels. Der RWI/ISL-Containerumschlag-Index ist im Berichtsmonat September (saisonbereinigt) von 124 auf 128 Punkte gestiegen, was insbesondere mit dem Containerumschlag in chinesischen

Häfen begründet wird. Der für die Aktivität in Europa besonders aussagekräftige Nordrange-Index ging aber erneut deutlich zurück (102 auf 99 Punkte). Für den Berichtsmonat Oktober deuten die Schiffbewegungsdaten des Kiel-Trade-Indikators aktuell aber auf eine Stabilisierung des Welthandels zum Jahresende hin. Sowohl der Welthandel (+2,0%) als auch die Ausfuhren der großen europäischen Volkswirtschaften dürften laut KTI merklich expandiert haben.

Der Stimmungsindikator von S&P Global ging im Oktober weiter zurück und liegt nun auf der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Die Stimmung verschlechterte sich sowohl im Verarbeitenden Gewerbe (48,8 Punkte) als auch bei den Dienstleistern (50,4 Punkte), so dass die Aussichten für die Weltwirtschaft insgesamt weiter schwach bleiben. Laut den Prognosen internationaler Organisationen ist von einer unterdurchschnittlichen Dynamik der Weltwirtschaft mit jährlichen Zuwächsen von knapp 3% in den kommenden beiden Jahren auszugehen. Einerseits dürften die abnehmende Inflation, steigende Löhne und der robuste Arbeitsmarkt in vielen Ländern den privaten Konsum in den kommenden Monaten beleben. Andererseits belasten die weiterhin hohe Unsicherheit im Zuge der geopolitischen Konflikte, die strafferen geld- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen sowie die zunehmende weltwirtschaftliche Fragmentierung die Wachstumsaussichten. Für das kommende Jahr dürfte sich die Nachfrage wichtiger Handelspartner Deutschlands, z. B. der USA und Chinas, im Zuge der dortigen konjunkturellen Verlangsamung abschwächen. In den europäischen Ländern, also dem wichtigsten Absatzmarkt Deutschlands, dürfte es aber wieder langsam bergauf gehen.

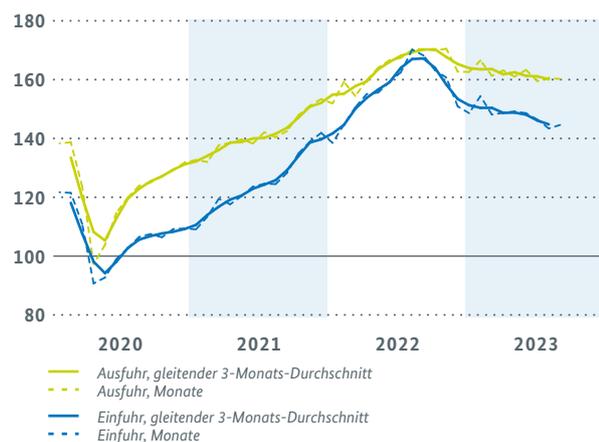
EINKAUFSMANAGERINDEX WELT S&P GLOBAL

SCHWACHE WELTWIRTSCHAFT LASTET AUF AUSSENHANDEL

Die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen sind im September ggü. dem Vormonat saison- und kalenderbereinigt leicht zurückgegangen (-0,2 %, August: +0,6 %). Damit liegen sie im dritten Quartal um 1,5 % niedriger als im zweiten Quartal. Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen nahmen im September dagegen zu (+0,9 %, August: -2,1 %). Gegenüber dem zweiten Quartal liegen sie mit -2,7 % aber ebenfalls im Minus.

EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



AUSSENHANDEL*

	2.Q.	3.Q.	Juli	Aug.	Sep.
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung ggü. Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	-0,6	-1,5	-2,3	0,6	-0,2
EINFUHR	-1,0	-2,7	-1,5	-2,1	0,9
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung ggü. Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	-1,7	-6,3	-2,6	-5,3	-10,5
Eurozone	-3,7	-8,3	-6,9	-7,4	-10,2
EU Nicht-Eurozone	-2,7	-6,4	-5,0	-5,8	-8,1
Drittländer	0,4	-4,6	2,0	-3,4	-11,6
EINFUHR	-10,6	-16,2	-12,9	-17,0	-18,5
Eurozone	-6,3	-11,5	-8,1	-9,3	-16,4
EU Nicht-Eurozone	4,9	-0,7	2,0	-2,1	-1,9
Drittländer	-18,0	-23,8	-20,4	-25,7	-24,9

* Angaben in jeweiligen Preisen

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Bei den Außenhandelspreisen wirken sich nach wie vor die hohen Preissteigerungen für Einfuhren im Vorjahr vor allem für Energie als Folge des Kriegs in der Ukraine aus. Die Einfuhrpreise gingen ggü. September 2022 deutlich um 14,3 % zurück. Im Vormonatsvergleich legten sie hingegen abermals etwas zu (+1,6 %). Dagegen stiegen die Ausfuhrpreise nur um 0,4 %, so dass sich die Terms of Trade um -1,2 % ggü. dem Vormonat verschlechterten. In realer Betrachtung dürfte der Rückgang der Exporte damit etwas stärker ausgefallen sein, die Importe dürften real ebenfalls gefallen sein.

Im Zuge der rückläufigen (nominalen) Exporte und steigenden Importe ist der monatliche Handelsbilanzüberschuss beim Warenhandel von 17,2 Mrd. Euro im August auf 15,6 Mrd. Euro im September zurückgegangen.

Von den Frühindikatoren kommen aktuell gemischte Signale für die Exportentwicklung: Die ifo Exporterwartungen liegen seit Juni deutlich im Minus, haben sich aber im Oktober leicht aufgehellt (von -10,8 auf -6,9 Punkte). Auch die Schiffbewegungsdaten des Kiel-Trade-Indikators deuten für den Berichtsmonat Oktober auf einen Anstieg der deutschen (realen) Exporte hin (+1,8 %). Aufgrund der insgesamt schwachen weltwirtschaftlichen Dynamik und der hohen Unsicherheit mit Blick auf die geopolitischen Konflikte ist eine spürbare Belebung des Außenhandels kurzfristig dennoch nicht zu erwarten.

INDUSTRIEPRODUKTION ZUM QUARTALSENDE SPÜRBAR RÜCKLÄUFIG

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich im September gegenüber dem Vormonat um 1,4 % verringert; der seit Sommer anhaltende rückläufige Trend setzt sich damit weiter fort. Zuletzt verzeichneten sowohl die Industrie als auch der Bereich Energie eine Abnahme um jeweils 1,7 %, während die Herstellung im Baugewerbe stagnierte (0,0 %).

Innerhalb der Industrie war im September in den einzelnen Wirtschaftszweigen eine unterschiedliche Entwicklung zu beobachten: Der gewichtige Bereich Kfz und Kfz-Teile meldete ein deutliches Minus von 5,0 %, nachdem er allerdings im August ein kräftiges Plus von 7,3 % verzeichnet hatte. Zulegen konnten hingegen der Maschinenbau (+4,1 %) und die energieintensive Herstellung von chemischen Erzeugnissen (+0,9 %). Die energieintensiven Industriezweige insgesamt verzeichneten im September jedoch eine Abnahme um 0,4 %.

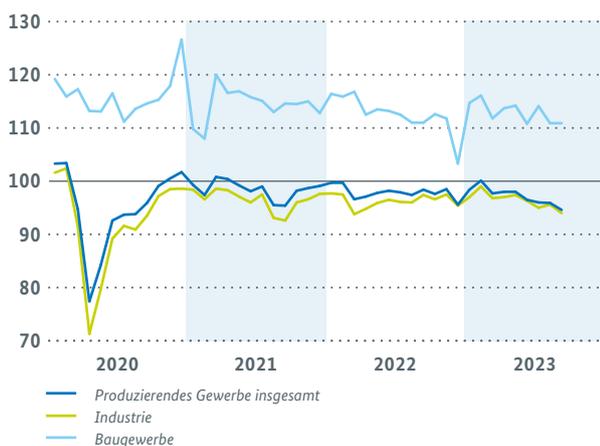
Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe stiegen im September gegenüber dem Vormonat um 0,2 % leicht an, nachdem es bereits im August



zu einem kräftigen Zuwachs gekommen war (+1,9%). Während die Bestellungen aus dem Ausland deutlich zunahmen (+4,2%), war die Inlandsnachfrage stark rückläufig (-5,9%). Der Anteil an Großaufträgen war diesmal wieder überdurchschnittlich; ohne Großaufträge gingen die Auftrags-eingänge um 2,2% zurück. Vor allem im Maschinenbau war im September ein kräftiges Plus der Auftrags-eingänge zu beobachten (+8,5%). Der ähnlich gewichtige Bereich Kfz und Kfz-Teile musste hingegen erneut Orderrückgänge verzeichnen (-2,5%). Auch die Bestellungen pharmazeutischer Erzeugnisse waren rückläufig (-7,6%). Die energieintensive

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

INDUSTRIE

Veränderung ggü. Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	2.Q.	3.Q.	Juli	Aug.	Sep.
PRODUKTION					
Insgesamt	-0,7	-2,1	-1,3	0,6	-1,7
Vorleistungsgüter	-1,7	-1,2	-0,9	0,6	-1,9
Investitionsgüter	0,1	-2,9	-2,2	1,4	-0,2
Konsumgüter	-0,6	-2,2	-0,2	-1,5	-4,9
UMSÄTZE					
Insgesamt	0,6	-1,5	-0,9	-0,5	-1,6
Inland	-1,4	-1,0	0,3	0,4	-1,1
Ausland	2,4	-2,1	-1,9	-1,3	-2,1
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	0,5	-4,0	-11,4	1,9	0,2
Inland	2,0	-7,1	-9,2	2,3	-5,9
Ausland	-0,6	-1,7	-12,7	1,6	4,2
Vorleistungsgüter	-2,1	-1,0	-4,8	3,7	0,9
Investitionsgüter	1,7	-6,2	-15,3	-0,1	0,7
Konsumgüter	2,3	0,5	-7,0	8,6	-8,4

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Herstellung chemischer Erzeugnisse hat sich mit nunmehr drei leichten Zuwächsen in Folge stabilisiert (zuletzt: +0,6%).

Die Produktion in der Industrie hat sich zum Ende des dritten Quartals wieder spürbar verringert, womit sich im aussagekräftigeren Quartalsvergleich ein Minus von 2,1% ergab (zweites Quartal: -0,7%). Die Auftrags-eingänge im Verarbeitenden Gewerbe haben sich aber zuletzt weiter stabilisiert und Stimmungsindikatoren wie die ifo Geschäftserwartungen und die ZEW-Konjunkturerwartungen deuten auf eine Bodenbildung im dritten Quartal hin.

UMSÄTZE IM EINZELHANDEL WEITERHIN SCHWACH

Die realen Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz sind im September gegenüber dem Vormonat um 0,6% erneut gefallen, nachdem sie bereits in den drei vorangegangenen Monaten abwärtsgerichtet waren. Im Vergleich zum Vorjahresmonat meldete der Einzelhandel im September ein reales Umsatz-minus von 4,1%, vor allem aufgrund der hohen Preissteigerungen. Der Handel mit Lebensmitteln nahm im September im Vergleich zum Vormonat real um 2,6% zu. Gegenüber dem Vorjahr blieben die Umsätze in dieser Sparte des Einzelhandels zum ersten Mal seit über zwei Jahren stabil, nachdem sie zuvor vor allem aufgrund der starken Verteuerung von Lebensmitteln zurückgegangen waren. Der Umsatz im Internet- und Versandhandel reduzierte sich im September um 3,6% (-6,6% ggü. Vj).

Die Neuzulassungen von Pkw durch Privatpersonen sind im Oktober um 9,1% gestiegen, nachdem sie im September um 0,7% zurückgegangen waren. Die Pkw-Neuzulassungen insgesamt erhöhten sich im Oktober mit 1,1% deutlich schwächer. Ursächlich hierfür war vor allem die schwache Entwicklung der Pkw-Neuzulassungen von Unternehmen und Selbstständigen, die sich im Oktober im Gefolge des Auslaufens der Umweltprämie Ende August erneut um 2,8% verringerten.

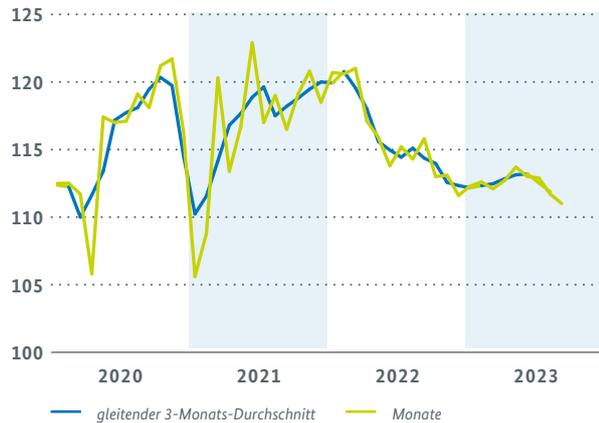
Frühindikatoren für die weitere Entwicklung des privaten Konsums sendeten zuletzt gemischte Signale: Laut Prognose der GfK wird sich das Konsumklima im November erneut etwas eintrüben, nachdem es sich bereits im September und Oktober leicht verschlechtert hatte. Alles in allem übertrifft das Konsumklima aber aufgrund einer spürbaren Erholungsphase im Winterhalbjahr 2022/2023 sein Niveau vom Oktober 2022 immer noch deutlich. Die ifo Geschäftserwartungen im Einzelhandel haben sich im Oktober zum dritten Mal in Folge verbessert, liegen jedoch weiterhin im negativen Bereich. Die Beurteilung der aktuellen Lage hat sich weiter eingetrübt. Insgesamt sprechen die Frühindikatoren am aktuellen Rand für eine zunächst weiterhin verhaltene Entwicklung der privaten Konsumausgaben. Bei steigenden Real-



löhnen und rückläufigen Inflationsraten dürfte aber mit einer Erholung des privaten Konsums in den kommenden Quartalen zu rechnen sein.

EINZELHANDELSUMSATZ OHNE HANDEL MIT KFZ

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

INFLATIONSRATE SINKT SPÜRBAR

Die Inflationsrate (Preisniveauanstieg binnen Jahresfrist) belief sich im Oktober auf 3,8%. Das ist der niedrigste Wert seit August 2021, was vor allem auf einen Basiseffekt (sehr hohes Energiepreisniveau im Vorjahr) zurückzuführen ist. Im September hatte die Rate noch bei 4,5% gelegen. Die Kernrate (ohne Energie und Nahrung) lag im Oktober bei 4,3% (Sep.: +4,6%) und damit erneut höher als die Inflationsrate. Nahrungsmittel verteuerten sich im Oktober gegenüber dem Vorjahresmonat nochmals überproportional (+6,1%), allerdings ließ der Preisauftrieb hier ebenfalls weiter nach (Sep.: +7,5%). Erstmals seit Januar 2021 ist ein Rückgang der Energiepreise gegenüber dem Vorjahresmonat zu konstatieren (-3,2%). Maßgeblich hierfür war vor allem ein Basiseffekt aufgrund des hohen Energiepreisniveaus im Vorjahr. Im Bereich der Dienstleistungen blieb der Preisauftrieb mit +3,9% nahezu unverändert (Sep.: +4,0%).

An den Spotmärkten steigen die Preise für Erdgas seit Mitte Juli tendenziell wieder an. Aktuell liegt der *TTF Base Load* mit rd. 45 Euro/MWh aber noch etwa 60% unter dem Niveau vom August 2022. Gegenüber dem Vormonat ist aber ein Anstieg von rd. 7% zu verzeichnen. Die Markterwartungen deuten darauf hin, dass die Erdgaspreise in den kommenden Quartalen bei etwa 50 Euro/MWh bleiben werden. Erst 2027 dürften sie sich gemäß den Future-Preisen beim Vorkrisenniveau einpendeln.

VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Sep.	Okt.	Sep.	Okt.
Insgesamt	0,3	0,0	4,5	3,8
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,2	0,2	4,6	4,3
Nahrungsmittel	0,4	0,1	7,5	6,1
Wohnung, Betriebskosten	0,0	-0,1	3,5	2,0
Gesundheitspflege	0,1	0,1	3,0	2,8
Verkehr	0,5	-0,5	1,2	0,8
Nachrichtenübermittlung	0,0	0,1	1,2	0,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-0,9	-0,3	5,6	5,4
Bildungswesen	2,6	0,3	4,4	3,9
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,2	0,0	6,6	6,5
Energie	0,8	-1,7	1,0	-3,2
Kraftstoffe	2,2	-2,8	-6,0	-7,7
Dienstleistungen	-0,1	0,1	4,0	3,9
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,3	0,0	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

Auch auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen ist weiter eine nachlassende Preisdynamik zu beobachten. Die Erzeugerpreise sind im September 2023 um 14,7% gegenüber September 2022 gesunken (Aug.: -12,6%; Juli: -6,0%). Das war der stärkste Rückgang seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949, der auf einen Basiseffekt aufgrund des hohen Preisniveaus im Vorjahr zurückzuführen ist. Infolge des Kriegs in der Ukraine waren die Erzeugerpreise im August und September 2022 so stark gestiegen wie noch nie zuvor (Aug. 22: +46,1%; Sep. 22: +45,8% ggü. Vorjahresmonat). Im Vergleich zum Vormonat nahmen die Erzeugerpreise um 0,2% ab. Die Einfuhrpreise gingen im September mit 14,3% gegenüber dem Vorjahresmonat kräftig zurück (+1,6% ggü. Vormonat). Die Verkaufspreise im Großhandel sind im September im Vormonatsvergleich zwar gestiegen (+0,2%), aber im Vorjahresvergleich um -4,1% gefallen.

Für die nächsten Monate ist – auch mit Blick auf die Preis-erwartungen der Unternehmen – von einer weiter erhöhten, aber langsam abflauenden Preisdynamik auszugehen. Der Preisdruck vergangener Kostensteigerungen und Lieferkettenstörungen ist weitgehend überwältigt worden. Die Energiepreise liegen auf moderatem Niveau. Die geldpolitische Straffung wirkt dämpfend auf die Nachfrageseite. Vor diesem Hintergrund geht die BReg in ihrer Herbstprojektion von einer Inflationsrate im Jahr 2023 von 6,1% aus und für die Jahre 2024 und 2025 von 2,6% bzw. 2,0%.



ARBEITSMARKT

ARBEITSLOSE (SGB II und III)

	2.Q.	3.Q.	Aug.	Sep.	Okt.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,561	2,647	2,696	2,627	2,607
ggü. Vorjahr in 1.000	251	146	148	141	165
ggü. Vorperiode in 1.000*	62	47	21	12	30
Arbeitslosenquote	5,6	5,7	5,8	5,7	5,7

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

	2.Q.	3.Q.	Jul.	Aug.	Sep.
in Mio. (Ursprungszahlen)	45,9	46,0	46,0	46,0	46,2
ggü. Vorjahr in 1.000	396	337	384	330	297
ggü. Vorperiode in 1.000*	88	8	1	-10	3

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

	1.Q.	2.Q.	Jun.	Jul.	Aug.
in Mio. (Ursprungszahlen)	34,6	34,7	34,7	34,6	34,8
ggü. Vorjahr in 1.000	359	285	258	256	218
ggü. Vorperiode in 1.000*	95	43	5	14	-3

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

HERBSTBELEBUNG AM ARBEITSMARKT BLEIBT WEITER SCHWACH

Die wirtschaftliche Schwächephase macht sich weiter auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Arbeitslosigkeit ging im Oktober saisonal unterdurchschnittlich zurück. Saisonbereinigt (sb) kam es zu einem Anstieg um 30.000 Personen. Die Erwerbstätigkeit blieb im September gegenüber Vormonat in etwa unverändert (sb +3.000 Personen), erreichte mit einem Überschreiten der Schwelle von 46 Mio. Erwerbstätigen dennoch einen historischen Höchststand. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung war im August ebenfalls fast unverändert (sb -3.000). Die Kurzarbeit stieg

im August leicht und die Anzeigen für Oktober erhöhten sich erneut etwas, was allerdings wie im Vormonat auf Lieferengpässe bei einzelnen Kfz-Werken zurückzuführen ist (Hochwasser in Slowenien). Frühindikatoren entwickelten sich unterschiedlich. Das ifo Beschäftigungsbarometer stieg im Oktober, die Einstellungsbereitschaft hat demnach wieder etwas zugenommen. Das IAB-Barometer weist ebenfalls eine positive, aber im Vergleich zum Frühjahr deutlich gedämpfte Beschäftigungsperspektive aus. Die IAB-Komponente zur Arbeitslosigkeit trübte sich aber erneut deutlich ein und deutet auf weiter steigende Arbeitslosigkeit hin. Die konjunkturelle Schwäche dürfte somit den Arbeitsmarkt im Winter belasten, eine Erholung ist erst im Frühjahr zu erwarten.

ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBk)

INSOLVENZEN STEIGEN WEITER AN

Die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen ist nach endgültigen Ergebnissen im Juli 2023 ggü. dem Vormonat Juni leicht um 2,5 % gestiegen (Juli: 1.586; Juni: 1.548). Der deutliche Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (+37,4 % ggü. Juli 2022) stellt indes nicht eine Insolvenzwelle dar (aber: manche Branchen deutlich stärker betroffen als andere), sondern kann (noch) als Normalisierung eingeordnet werden. Aufgrund der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht sowie umfassender staatlicher Stützungsmaßnahmen gab es bis Mitte 2022 historisch niedrige Insolvenzzahlen. Insofern lassen sich die derzeitigen hohen Anstiege ggü. 2022 auch durch einen Basiseffekt erklären. Gleichzeitig stellt das herausfordernde wirtschaftliche Umfeld mit einer schwächelnden Nachfrage, hohen Energiepreisen, gestiegenen Finanzie-



rungskosten sowie geopolitischen Risiken zweifellos eine große Belastung für viele Unternehmen dar. Im Vergleich zum Vor-Corona-Niveau, hier bezogen auf den Mittelwert der Jahre 2016–2019, zeigt sich im Betrachtungszeitraum von Januar bis Juli, dass die Unternehmensinsolvenzzahlen der amtlichen Statistik in 2023 noch im niedrigen zweistelligen Bereich unter dem früheren Niveau liegen. Am aktuellen Rand nähern sich die Zahlen dem Mittelwert 2016–2019 aber an (Januar 2023: -23,7%; Juli 2023: -5,4%). Allerdings: Bezogen auf von Insolvenzverfahren betroffene Arbeitnehmer/-innen (+54,4 %) sowie voraussichtliche Forderungen (+21,7 %) liegen die Zahlen von Januar bis Juli 2023 bereits jetzt erkennbar über dem Vor-Corona-Niveau.

Aktuelle Frühindikatoren wie der IWH-Insolvenztrend zeigen für Oktober 2023 (+2,1 % ggü. September 2023) eine Fortsetzung der Stabilisierung der Insolvenzzahlen, die seit Juli zu beobachten ist, auf dem aktuellen, leicht erhöhten Niveau. Laut Aussage des IWH wird für die nächsten Monate mit schrittweise steigenden Insolvenzzahlen gerechnet.

BIP NOWCAST FÜR DAS VIERTE QUARTAL 2023 UND DAS ERSTE QUARTAL 2024

IN KÜRZE

Der Nowcast für die saison- und kalenderbereinigte Veränderungsrate des BIP beträgt $-0,3\%$ für das vierte Quartal 2023 bzw. $+0,1\%$ für das erste Quartal 2024 (Stand 13. November).¹

Das Prognosemodell des Nowcast schätzt für das vierte Quartal 2023 aktuell einen saison- und kalenderbereinigten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorquartal um $0,3\%$. Der Nowcast liefert eine täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognose der Wirtschaftsleistung unabhängig von der Einschätzung der Bundesregierung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Erste Ergebnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung im vierten Quartal 2023 werden vom Statistischen Bundesamt am 31. Januar 2024 und für das erste Quartal 2024 am 30. April 2024 veröffentlicht („Schnellmeldung“).

Die Abbildung veranschaulicht die Entwicklung des Nowcast seit Juli 2023: Der Schätzwert belief sich bei erstmaliger Berechnung Anfang Juli auf $+0,3\%$. Der Rückgang bis auf $-0,1\%$ Ende August ergab sich u. a. durch abwärtsgerichtete Auftragseingänge in der Industrie für den Berichtsmonat Juni und enttäuschende Umfrageergebnisse (ZEW-Konjunkturerwartungen, PMI, ifo Geschäftsklima). Nach einem kurzen Auftrieb Anfang September im Zuge positiver Nachrichten zu Baubeginnen und privatem Konsum aus Frankreich dämpften schwache Umfragewerte zum Verbrauchertrauen in der Eurozone den Nowcast abermals. Anschließend brachten ein verbesserter ifo Geschäftsklima-

index sowie Aufwärtsrevisionen der Datenlage den Nowcast wieder in den positiven Bereich. Mit PMI-Veröffentlichungen zu Dienstleistungen (Deutschland, Eurozone) sowie Produktion (Frankreich, Eurozone) ging der Schätzwert Ende Oktober deutlich zurück. Seit Anfang November kamen weitere Abwärtsrevisionen des Nowcast bis auf $-0,3\%$ aufgrund schwächerer Daten als erwartet zum Außenhandel sowie zu Industrieumsätzen und Produktion für den Berichtsmonat September hinzu.

Der Nowcast für das erste Quartal 2024 liegt aktuell bei $0,1\%$. Der Schätzwert bewegt sich seit erstmaliger Berechnung Anfang Oktober seitwärts. Negative Einflüsse wie enttäuschende ifo-Umfrageergebnisse zum Verarbeitenden Gewerbe und Handel wurden dabei durch positive Faktoren wie Informationen zum Konsumentenvertrauen in Italien, zu den Baubeginnen in Frankreich sowie zu robusten Beschäftigungsdaten ausgeglichen.

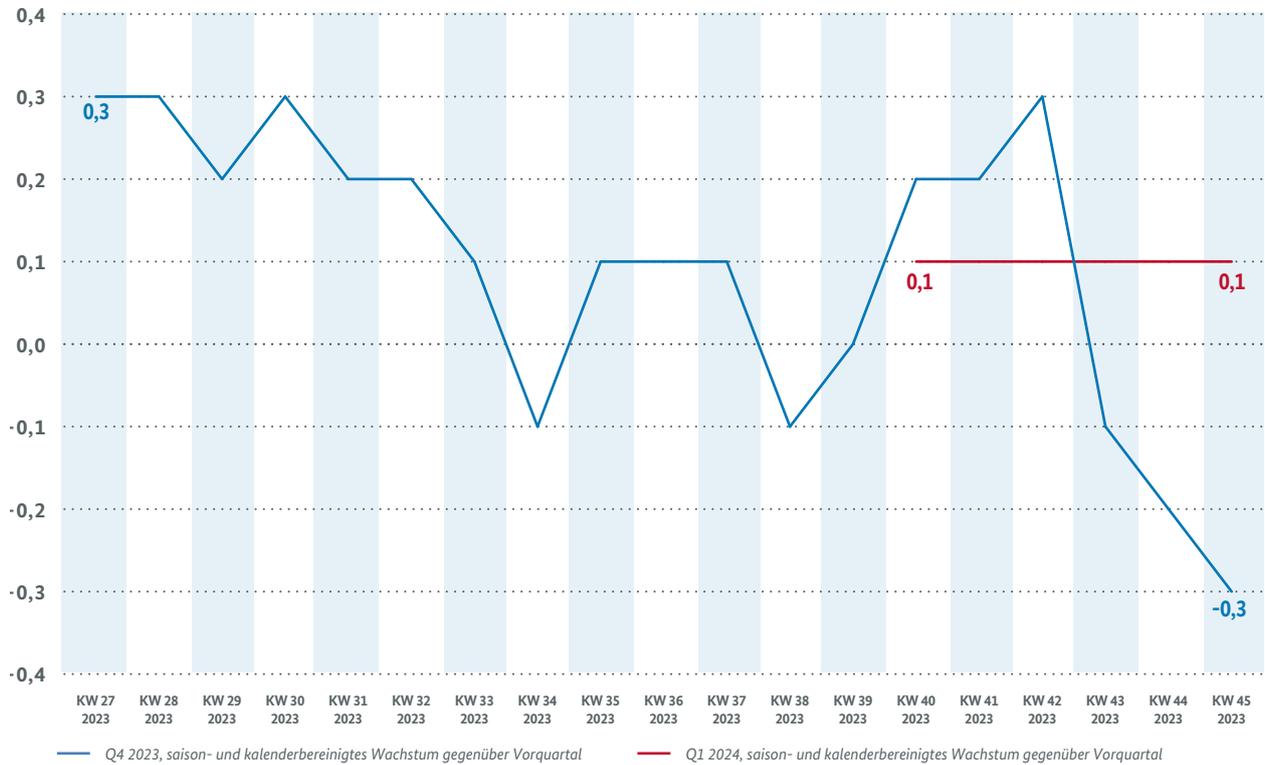
DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

¹ Für nähere Erläuterungen zur Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, *Schlaglichter der Wirtschaftspolitik*, Juli 2019, Seite 12-15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020): „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.



ENTWICKLUNG DES BIP NOWCAST FÜR DAS 4. QUARTAL 2023 UND DAS 1. QUARTAL 2024 IN %



Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

DIE WELTWIRTSCHAFT STABILISIERT SICH AUF NIEDRIGEM NIVEAU – RISIKEN DOMINIEREN WEITERHIN UND DIVERGENZEN NEHMEN ZU

IN KÜRZE

Zwar hat sich die Prognose für die globalen Durchschnittswerte von Wachstum und Inflation gegenüber dem im August an dieser Stelle veröffentlichten Artikel kaum verändert, aber in den einzelnen Ländern und Regionen sind Verschiebungen zu beobachten. Dabei deutet sich zunehmend an, dass die Weltwirtschaft vor einer längeren Phase unterdurchschnittlichen Wachstums steht. Die mittelfristigen Aussichten für das Wirtschaftswachstum sind so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Länder mit mittlerem und niedrigem Einkommen sind relativ stärker betroffen mit der Folge, dass der Aufholprozess zu einem höheren Lebensstandard langsamer als zuvor verläuft.

Die Weltwirtschaft verliert an Schwung. Die an der Gemeinschaftsdiagnose (GD) beteiligten Forschungsinstitute bescheinigen der Weltkonjunktur nach kräftigem Start in das Jahr 2023 eine deutliche Verlangsamung über den Sommer. Diese resultiert im Wesentlichen aus einer schwachen Industrieproduktion und den in den meisten Weltregionen stark gestiegenen Zinsen, welche vor allem die Wohnungsbauinvestitionen hemmen. Als weiterer dämpfender Faktor wird die verhaltene Entwicklung in China, die wesentlich aus der Verschuldung im dortigen Immobiliensektor resultiert, ausgemacht. Sind kurzfristig geldpolitische Straffungen, Haushaltskonsolidierungen und Basiseffekte aus der Erholung nach der Pandemie die wesentlichen Faktoren, so dürften auf mittlere Sicht die schwache Produktivitätsentwicklung, geringes Tempo bei Strukturereformen und die Gefahr einer geoökonomischen Fragmentierung wachstumshemmend wirken. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürften zudem die demografischen Herausforderungen zu einer verringerten Erwerbsbeteiligung beitragen.

Die Inflation sinkt nur langsam von sehr hohem Niveau. Die in fast allen Weltregionen sehr hohe Inflation sehen die Institute der GD mittelfristig wieder sinken und den durch sie erzeugten Kaufkraftentzug zunehmend durch Lohnzuwächse kompensiert. In den USA wird die Erreichbarkeit der 2%-Inflationsmarke für Mitte 2024, für Europa gegen Ende 2024 erwartet. Über die Wintermonate wird noch nicht mit einer Erholung der Industrieproduktion gerechnet, aber die Realeinkommenszuwächse im Zuge der Lohn-

anpassungen sollten allmählich zur Belebung des Konsums beitragen. Sehr ähnlich wird die Lage von internationalen Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds IWF oder der OECD gesehen. Deren jüngste Prognosen (IWF: 10.10., OECD: 19.09.) bestätigen, dass sich die Weltwirtschaft verlangsamt, wobei die Inflation gegenüber dem Mehrjahreshoch des letzten Jahres zurückgeht. Der IWF sieht die Inflationsraten von 6,9% in 2023 auf 5,8% in 2024 sinken, wobei die meisten Länder nicht vor 2025 in die Nähe der Zielmarken ihrer Zentralbanken kämen. Auch die OECD erwartet im Jahresmittel 2024 weder in den USA noch in der Eurozone eine Inflationsrate von kleiner gleich 2% und rechnet selbst für Japan mit 2,1%. Ungeachtet der jüngsten Volatilität der Ölpreise hat die Stabilisierung der weltweiten Rohstoffpreise die Gesamtinflation in den meisten Ländern auf das Niveau von Anfang 2021 zurückgeführt und damit die Krise bei den Lebenshaltungskosten gemildert.

Der Welthandel wächst sehr langsam. Der IWF erwartet, dass das Wachstum des Welthandels von 5,1% im Jahr 2022 auf 0,9% im Jahr 2023 zurückgeht, bevor es 2024 auf 3,5% ansteigt. Damit läge das Handelswachstum deutlich unter dem Durchschnitt der Jahre 2000–2019 von 4,9%. Der prognostizierte Rückgang im Jahr 2023 spiegelt die Entwicklung der globalen Nachfrage wider, aber auch die Verschiebung ihrer Zusammensetzung hin zu inländischen Dienstleistungen. Weitere Faktoren sind die verzögerten Auswirkungen der Dollaraufwertung, die den Handel aufgrund der weit verbreiteten Fakturierung von Produkten in Dollar verlangsamt, sowie zunehmende Handelsschranken.

Lieferkettenschwierigkeiten sind weitgehend durch neue Probleme abgelöst. Während sich die durch die Pandemie unterbrochenen Lieferketten weitgehend erholt haben, zeigt das globale Verarbeitende Gewerbe angesichts des schwachen Produktivitätswachstums, des Auslaufens der Stützungsmaßnahmen im Zuge der Covid-Krise und der schwierigen finanziellen Bedingungen Schwächen. Darüber hinaus haben die nach der Pandemie eingetretene Verschiebung der Nachfrage in Richtung des Dienstleistungssektors sowie die erhöhte Unsicherheit über die künftige geoökonomische Lage zu einer Investitionszurückhaltung geführt. Zudem gerät ein erhofftes Zugpferd der Weltkonjunktur ins Straucheln: Es gibt Anzeichen dafür, dass der Aufschwung durch die Wiederöffnung



ABBILDUNG 1: INDEX DER LIEFERKETTENSTÖRUNGEN UND GOOGLE-SUCHEN ZU COVID-19



Quellen: IWF

Chinas nur von kurzer Dauer war und sich die Dynamik verlangsamt hat.

Die Aussichten bleiben bescheiden, die Unterschiede nehmen zu. Der IWF geht davon aus, dass sich das globale Wachstum auf 3,0% in diesem und 2,9% im nächsten Jahr (von 3,5% im Jahr 2022) abschwächen wird. Dies wird vor allem auf die nachlassende Erholung nach der Pandemie, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die strafferen geldpolitischen und finanziellen Rahmenbedingungen zurückgeführt. Die OECD erwartet für dieses Jahr 2,9% und für nächstes Jahr 2,7%. Hinter den Gesamtzahlen – die allesamt vor dem jüngsten Nahost-Konflikt veröffentlicht wurden – verbergen sich wachsende Unterschiede zwischen den Regionen. Besonders ausgeprägt ist die Verlangsamung in der Eurozone, wo das Wachstum von 3,6% im Jahr 2022 auf 0,7% (IWF) bzw. 0,6% (OECD) in diesem Jahr zurückgehen dürfte. Für die meisten großen Schwellenländer außer Brasilien, China und Russland wird in diesem Jahr ebenfalls eine Abschwächung erwartet.

Die kurzfristigen Risiken sind nach wie vor eher abwärtsgerichtet. Die Wahrscheinlichkeit einer harten Landung hat sich nach der Beilegung des Streits um die US-Schuldenobergrenze Anfang Juni und dem Rückgang der Risiken im Bankensektor Anfang des Jahres verringert. Dennoch dominieren in der Gesamtbetrachtung die Risiken nach wie vor über die Chancen:

- Der Krieg in der Ukraine und der Nahost-Konflikt könnten sich verschärfen und die Preise für Lebensmittel und Brennstoffe weiter in die Höhe treiben. Der jüngste Anstieg der Rohstoffpreise könnte sich fortsetzen und zu einer erneuten Krise der Lebenshaltungskosten führen, die vor allem die Schwächsten treffen würde.

- Da die Reallöhne in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften deutlich unter dem Niveau vor der Pandemie liegen, könnte es dort, wo die Arbeitsmärkte angespannt sind, Spielraum für eine Erholung der Realeinkommen geben. Sollte dies der Fall sein, würde dies einen Aufwärtsdruck auf die Inflation ausüben, sofern sich die Gewinnmargen der Unternehmen nicht entsprechend verringern.
- Weitere Inflationsschocks, bspw. durch Lohn-Preis-Spiralen oder kriegsbedingte Embargos, könnten eine noch restriktivere Geldpolitik auslösen, die Wirtschaftstätigkeit belasten und zu einer Neubewertung an den Finanzmärkten und einer Verschärfung der globalen Finanzbedingungen führen, was schließlich eine Staatsschuldenkrise in einer größeren Gruppe von Volkswirtschaften auslösen könnte.
- Die Wachstumsdynamik Chinas könnte sich weiter abschwächen, sollte sich die Krise im dortigen Immobiliensektor verschärfen, mit negativen grenzüberschreitenden Auswirkungen. Klima- und geopolitische Schocks könnten zu einem weiteren Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise führen. Eine breitere geoökonomische Fragmentierung birgt das Risiko größerer Verzerrungen und politischer Unsicherheit.
- Eine weitere Verschlechterung der globalen Finanzierungsbedingungen könnte die Verschuldungsproblematik verschärfen. Die Renditeaufschläge für Staatsanleihen liegen in den meisten Schwellen- und Entwicklungsländern über dem Niveau vor der Pandemie, und etwa ein Viertel der Staatsanleihen von Schwellenländern wird als notleidend eingestuft. Ein weiterer Anstieg der Kredit-



kosten würde die Kosten für den Schuldendienst sowie die Prolongations- und damit die Ausfallrisiken erhöhen. Eine unerwartet starke Aufwertung des US-Dollars würde die nachteiligen Auswirkungen auf Volkswirtschaften mit einem hohen Anteil an US-Dollar-Schulden noch verstärken.

Auf der Chancen-Seite ist dagegen zu vermerken, dass die Risiken für den Bankensektor in den letzten Monaten nachgelassen haben und die Gesamtinflation schneller als erwartet zurückgegangen ist. Wenn sich diese Tendenz fortsetzt und auch die Kerninflation erfasst, würde die Notwendigkeit einer geldpolitischen Straffung geringer und eine weichere Landung möglich. Die jüngsten Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz und Fortschritte bei grünen Technologien könnten das Produktivitätswachstum wieder ankurbeln. Als positiv bemerkt der IWF die Resilienz der Arbeitsmärkte, besonders in den entwickelten Volkswirtschaften, von denen bislang kaum Signale für Lohn-Preis-Spiralen ausgingen.

Entwicklung der Kerninflation mittelfristig bedeutend. Infolge der strafferen Geldpolitik und sinkender Rohstoffpreise hat sich die Gesamtinflation verringert. Auch die Krise bei den Lebenshaltungskosten hat sich aufgrund der nachlassenden Lebensmittel- und Energiepreise abgeschwächt. In den ärmsten Volkswirtschaften bleibt die Last aber drückend. Zudem erweist sich die Kerninflation als hartnäckig und bleibt in den meisten Volkswirtschaften über dem Zielwert. Diese Hartnäckigkeit nährt die Erwartung, dass die Zinssätze auch längerfristig hoch bleiben könnten. Angesichts steigender Schuldendienstkosten und eines starken Dollars dürfte dies die Verschuldung in einigen Schwellen- und Entwicklungsländern noch bedenklicher werden lassen.

Die mittelfristigen Aussichten sind so trübe wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Prognosen des IWF für das globale Wachstum fünf Jahre im Voraus sind von einem Höchststand von 4,9 % im Jahr 2013 auf nur noch 3,1 % im Jahr 2023 gesunken. Dabei sinkt das Wachstum der Schwellen- und Entwicklungsländer relativ stärker als das der fortgeschrittenen Volkswirtschaften, so dass der Aufholprozess der Lebensstandards deutlich langsamer verläuft. Gleichzeitig bringt dies Herausforderungen für die Schuldenfähigkeit und für Investitionen zur Bekämpfung und Beherrschung des Klimawandels mit sich.

REGIONALE ENTWICKLUNGEN

In **Nordamerika** hat sich die wirtschaftliche Situation besser entwickelt, als noch im Sommer zu erwarten war. In den **USA** nahmen sowohl der private Konsum als auch die Anlageinvestitionen spürbar zu. Letzteres dürfte auch auf die jüngst eingeführten Subventionen für die Halbleiterindus-

trie und im Bereich der Transformationstechnologien zurückzuführen sein. Bei den Wohnungsbauinvestitionen hat sich der Abschwung fortgesetzt, aber etwas abgeschwächt. Im Winterhalbjahr dürfte sich der Konsum nach Einschätzung der an der GD beteiligten Institute vorübergehend abschwächen, zumal die während der Corona-Pandemie aufgestauten Ersparnisse der privaten Haushalte bereits zu großen Teilen aufgebraucht wurden. Angesichts der im historischen Vergleich niedrigen Sparquote ist hier kein neuer signifikanter Impuls zu erwarten. Die restriktive Geldpolitik sowie eine geringere Dynamik der Beschäftigungsnachfrage dürften die Konsumnachfrage ebenfalls dämpfen. Andererseits wird damit gerechnet, dass die Unternehmensinvestitionen, auch angesichts der staatlichen Förderprogramme, weiterhin zulegen, wenn auch weniger dynamisch als zuletzt.

Das diesjährige Wachstum der USA sieht die OECD nun bei 2,2 % und der IWF bei 2,1 %, was gegenüber den letzten Prognosen eine Aufwertung um 0,6 bzw. 0,3 Prozentpunkte bedeutet. Auch für 2024 erfolgten Anpassungen nach oben, bei der OECD um 0,3 Prozentpunkte auf 1,3 %, beim IWF um 0,5 Prozentpunkte auf 1,5 %. Die positive Überraschung wird auch von den internationalen Organisationen auf stärkere Unternehmensinvestitionen im zweiten Quartal und ein robustes Konsumwachstum zurückgeführt. Die Arbeitslosenquote sieht der IWF von voraussichtlich 3,6 % im zweiten Quartal 2023 auf einen Höchststand von 4,0 % im letzten Quartal 2024 ansteigen – ein niedrigeres Maximum als zuvor prognostiziert, das mit einer weichen Landung der US-Wirtschaft kompatibel ist. Die jüngste Zinserhöhungspause der Zentralbank nährt diese Hoffnung.

Die überraschend resiliente Nachfrage der USA strahlt auch auf den südlichen Nachbar **Mexiko** aus, dessen Wachstumsprognose für 2023 seitens IWF und OECD um 0,6 bzw. 0,7 Prozentpunkte nach oben auf 3,2 % bzw. 3,3 % angehoben wurde. Dafür wird insbesondere die mit Verspätung eingetretene Erholung im Baugewerbe und Dienstleistungssektor angeführt. Auch für 2024 wird Mexiko mit 2,1 % (IWF) bzw. 2,5 % (OECD) beim Wachstum in Nordamerika vorn gesehen. Für **Kanada** erwarten IWF und OECD in diesem Jahr 1,3 % bzw. 1,2 % und für 2024 1,6 % bzw. 1,4 % Wachstum, jeweils mit leichten Abwärtsrevisionen für dieses Jahr. Hohe Finanzierungskosten belasten die Konjunktur und niedrigere Rohstoffpreise haben die Terms-of-Trade-Gewinne des letzten Jahres zunichtegemacht.

Im Kontrast zu Nordamerika überraschte **China** in den letzten Monaten in negativer Hinsicht. Das Ende der Null-Covid-Politik im Dezember 2022 gab der Wirtschaft nur kurzzeitig Schub. Die Probleme am Immobilienmarkt wirken sich spürbar auf die Konjunktur aus. Die Wohnungspreise fallen seit dem Frühling wieder, die Zahl der Bauvorhaben ist stark zurückgegan-



gen und weitere große Immobilienkonzerne sind in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Country Garden – der größte Immobilienentwickler und einer der Hauptprofiteure staatlicher Unterstützung – sieht sich einer schweren Liquiditätskrise gegenüber, was darauf hindeutet, dass sich die Immobilienkrise trotz politischer Unterstützung ausbreitet. Auch andere Bauträger sehen sich außerstande, bereits verkaufte Häuser fertigzustellen. Dies untergräbt das Verbrauchervertrauen. Die Immobilieninvestitionen gehen weiter zurück und die Wohnungspreise fallen, was die Einnahmen der lokalen Regierungen aus Grundstücksverkäufen unter Druck setzt und die ohnehin fragilen öffentlichen Finanzen belastet. Diese Entwicklungen haben zusammen mit der Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt – die sich in hoher Jugendarbeitslosigkeit (Juni 2023: über 20%) widerspiegelt – den Konsum belastet. Auch die Industrieproduktion, die Unternehmensinvestitionen und die Exporte schwächen sich ab, was auf eine Kombination aus nachlassender Auslandsnachfrage und geopolitischer Unsicherheit zurückzuführen ist.

Dennoch bleibt das offizielle Wachstumsziel von 5% in diesem Jahr erreichbar. Der IWF erwartet im Jahr 2023 ein Wachstum von 5,0%, die OECD von 5,1%, was Revisionen um -0,2 bzw. -0,3 Prozentpunkte entspricht. Für 2024 werden 4,2% (IWF) und 4,6% (OECD) erwartet, was aus Revisionen um -0,3 bzw. -0,5 Prozentpunkte folgt. Diese leichte Verlangsamung reflektiert im Wesentlichen ein geringeres Potenzialwachstum auch infolge der demografischen Entwicklung. Eine weitere Verschlechterung der Lage am Immobilienmarkt bildet derzeit das größte Abwärtsrisiko für die Konjunktur. Rohstoffexporteure und Länder, die Teil der industriellen Wertschöpfungsketten Asiens sind, sind am stärksten von Chinas nachlassender Dynamik betroffen. Angesichts der Wirtschaftsflaute und sinkender Energie- und Lebensmittelpreise ging die Inflation im zweiten Quartal 2023 dem IWF zufolge auf 0,2% (im Jahresvergleich) zurück, womit China weltwirtschaftlich einen Ausreißer darstellt.

In **Japan** legte die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Halbjahr 2023 kräftig zu, was im Wesentlichen auf zunehmenden Exporten infolge einer deutlichen Abwertung des Yens beruhte. Diese bedingte auch den für japanische Verhältnisse sehr deutlichen Anstieg der Inflation (Jan. 2023: 4,3%, Sep. 2023: 3,0%). Der IWF und die OECD erwarten einen Anstieg des Wachstums von 1,0% im Jahr 2022 auf 2,0% bzw. 1,8% in diesem Jahr, was einer Aufwärtskorrektur um 0,6 bzw. 0,5 Prozentpunkte entspricht und mit aufgestauter Nachfrage, einem Anstieg des Tourismus, akkommodierender Politik sowie der Erholung der Automobilexporte, die zuvor durch Lieferkettenprobleme gebremst worden waren, begründet wird. Für 2024 werden 1,0% Wachstum erwartet.

Die **europäische Konjunktur** stagniert bei schwacher Tendenz. Während das EU-BIP im 3. Quartal mit 0,1% ggü. Vorquartal minimal wuchs, schrumpfte das Eurozonen-BIP mit 0,1% leicht. Während das deutsche BIP ebenfalls leicht schrumpfte (-0,1%), stagnierte es in Italien (0,0%) und wuchs minimal in Spanien und Frankreich (je +0,1%). Der Einkaufsmanagerindex (ein umfragebasierter vorausschauender Indikator) zeigt – wie viele andere Indikatoren derzeit – weiteren Abschwung an. Die Inflation fiel zuletzt stärker als erwartet. Sie betrug im September in der Eurozone 2,9%, die Kerninflation (ohne die stark schwankenden Preise für Energie und Nahrungsmittel) lag bei 4,5%, das Preisniveau bei Energie fiel um 11,1%, während Lebensmittel um 7,5% teurer wurden. Die deutsche Inflation liegt gemessen mit dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex im September bei 3,0%, in Frankreich bei 4,5%, in Italien bei 1,9% und Spanien bei 4,9%. Die Bandbreite innerhalb der Eurozone reicht dabei von -1,7% in Österreich bis 7,8% in der Slowakei; die Amplitude ist 9,5%-Punkte – diese hat sich zuletzt wieder ausgeweitet.

Insgesamt wird das Wachstum im Euroraum den IWF-Projektionen zufolge von 3,3% im Jahr 2022 auf 0,7% im Jahr 2023 zurückgehen, bevor es im Jahr 2024 auf 1,2% ansteigt. Die IWF-Prognose wurde für 2023 und 2024 um 0,2 bzw. -0,3 Prozentpunkte nach unten korrigiert, wobei die wichtigsten Volkswirtschaften des Euroraums voneinander abweichen: Für Deutschland, für das ein leichter Rückgang des Wirtschaftswachstums prognostiziert wurde, ergibt sich eine Abwärtskorrektur um 0,2 Prozentpunkte auf -0,5%. Für Frankreich, wo die Industrieproduktion aufgeholt hat und die Auslandsnachfrage in der ersten Jahreshälfte 2023 überdurchschnittlich war, wurde eine Aufwärtskorrektur um 0,2 Prozentpunkte auf 1,0% vorgenommen. Die OECD hat sehr ähnliche Erwartungen bezüglich des Euroraums – mit 0,6% Wachstum für dieses und 1,1% für nächstes Jahr bei Abwärtskorrekturen um 0,3 und 0,4 Prozentpunkte – und dessen größte Volkswirtschaften (Details s. Tabelle).

In **Großbritannien** ist die Produktion in den vergangenen drei Quartalen jeweils geringfügig gestiegen, die aktuelle Wirtschaftslage bleibt dennoch schwierig: Die Inflation geht zwar zurück, ist aber weiterhin höher als in den USA und im Euroraum. Um sie wieder einzudämmen, hat die Zentralbank ihren Leitzins seit Ende 2021 stetig erhöht, zuletzt auf 5,25%. Die Institute der GD erwarten, dass der Leitzins im Winterhalbjahr seinen Gipfel bei 5,5% oder 5,75% erreichen wird. Die hohen Zinsen schlugen diesmal allerdings nicht so schnell wie früher auf die Realwirtschaft durch, denn der Anteil der Haushalte, die Hypotheken mit flexiblen Zinsen zu bedienen haben, sei in den letzten zehn Jahren stark zurückgegangen. Auch wenn die Arbeitslosenquote im Jahresverlauf um einen halben



Prozentpunkt gestiegen sei, seien Arbeitskräfte weiter knapp. Bei hoher Lohndynamik dürften die Realeinkommen nach Rückgängen im Vorjahr in diesem Jahr in etwa stagnieren. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den kommenden Jahren nur leicht expandieren. Seitens des IWF wird ein Rückgang des Wachstums von 4,1 % im Jahr 2022 auf 0,5 % in diesem Jahr prognostiziert, wobei die Prognose um 0,1 Prozentpunkte nach oben korrigiert wurde. Für 2024 werden 0,6 % erwartet, was einer Absenkung um 0,4 Prozentpunkte entspricht. Der Wachstumsrückgang spiegelt die straffere Geldpolitik zur Eindämmung der immer noch hohen Inflation und die anhaltenden Auswirkungen des Terms-of-Trade-Schocks durch die hohen Energiepreise wider. Die OECD erwartet in diesem Jahr 0,3 % und im nächsten Jahr 0,8 %.

In **Russland** hat die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal 2023 ihr Niveau von vor dem Überfall auf die Ukraine wieder erreicht. Im Zusammenhang mit den gestiegenen Militärausgaben erhöhten sich die Investitionen, aber auch der private Konsum stieg dank höherer Reallöhne und Sozialleistungen. Allerdings zeigen sich Engpässe am Arbeitsmarkt, weil seit Beginn des Krieges viele Arbeitskräfte in die Armee eingezogen wurden oder das Land verlassen haben, um dem Kriegsdienst zu entgehen.

Dennoch erweist sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung als robust. Die IWF-Prognose geht von einem Anstieg von -2,1 % im Jahr 2022 auf 2,2 % im Jahr 2023 aus, mit einer Aufwärtskorrektur von 0,7 Prozentpunkten für 2023. Für 2024 werden 1,1 % Wachstum erwartet, was einer Korrektur um -0,2 Prozentpunkte entspricht. Die OECD sieht dagegen nur 0,8 % in diesem und 0,9 % Wachstum im nächsten Jahr, hat damit aber ihre bisher noch geringeren Erwartungen um 2,3 bzw. 1,3 Prozentpunkte erhöht. Der Wachstumsanstieg – wie hoch er letztlich auch ausfallen mag – spiegelt einen erheblichen fiskalischen Stimulus, starke Investitionen und einen robusten Konsum vor dem Hintergrund eines angespannten Arbeitsmarktes wider. Bei der Interpretation ist allerdings weiter Vorsicht geboten. Insbesondere sind diese nur bedingt geeignet, Aussagen zur Wirksamkeit der gegen Russland verhängten Sanktionen zu treffen. Das Wachstum wird zu großen Teilen durch die Produktion militärischer Güter getrieben, die der Bevölkerung nicht zugutekommen.

Die **lateinamerikanischen Volkswirtschaften** bieten ein uneinheitliches Bild. Kräftig expandiert zurzeit die brasilianische Wirtschaft, gleichzeitig ist der Preisauftrieb in den vergangenen Monaten stark abgeflaut. Die Zentralbank hat vor diesem Hintergrund seit August begonnen, den Leitzins

TABELLE 1: ÜBERSICHT ÜBER WACHSTUMSPROGNOSEN UND DEREN REVISION

	IST (IWF)	IWF-Projektion (Oktober 2023)		Veränderung der IWF-Projektion (ggü. Juli)		OECD-Projektion (September 2023)		Veränderung der OECD-Projektion (ggü. Juni)	
	2022	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024
Welt	3,5	3,0	2,9	0,0	-0,1	3,0	2,7	0,3	-0,2
Industrieländer	2,6	1,5	1,4	0,0	0,0	1,5	1,2	0,1	-0,2
USA	2,1	2,1	1,5	0,3	0,5	2,2	1,3	0,6	0,3
Eurozone	3,3	0,7	1,2	-0,2	-0,3	0,6	1,1	-0,3	-0,4
Deutschland	1,8	-0,5	0,9	-0,2	-0,4	-0,2	0,9	-0,2	-0,4
Frankreich	2,5	1,0	1,3	0,2	0,0	1,0	1,2	0,2	-0,1
Italien	3,7	0,7	0,7	-0,4	-0,2	0,8	0,8	-0,4	-0,2
Spanien	5,8	2,5	1,7	0,0	-0,3	2,3	1,9	0,2	0,0
Japan	1,0	2,0	1,0	0,6	0,0	1,8	1,0	0,5	-0,1
Großbritannien	4,1	0,5	0,6	0,1	-0,4	0,3	0,8	0,0	-0,2
Kanada	3,4	1,3	1,6	-0,4	0,2	1,2	1,4	-0,2	0,0
Schwellen- und Entwicklungsländer	4,1	4,0	4,0	0,0	-0,1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
China	3,0	5,0	4,2	-0,2	-0,3	5,1	4,6	-0,3	-0,5
Indien	7,2	6,3	6,3	0,2	0,0	6,3	6,0	0,3	-1,0
Russland	-2,1	2,2	1,1	0,7	-0,2	0,8	0,9	2,3	1,3
Argentinien	5,0	-2,5	2,8	k.A.	k.A.	-2,0	-1,2	-0,4	-2,3
Brasilien	2,9	3,1	1,5	1,0	0,3	3,2	1,7	1,5	0,5
Mexiko	3,9	3,2	2,1	0,6	0,6	3,3	2,5	0,7	0,4
Lateinamerika und Karibik	4,1	2,3	2,3	0,4	0,1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Subsahara-Afrika	4,0	3,3	4,0	-0,2	-0,1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Für IND werden Daten und Projektionen auf Basis von Haushaltsjahren dargestellt, wobei das HHJ 2022/23 (beginnend im April 2022) in der Spalte 2022 aufgeführt ist. Die Wachstumsprognosen für IND belaufen sich auf 6,6 % in 2023 und 5,8 % in 2024 auf Basis des Kalenderjahres.

Quellen: OECD, IWF



zu senken; den ersten drei Schritten um je 0,5 Prozentpunkte auf 12,25 % könnten weitere folgen. Demgegenüber hat Argentinien mit einer galoppierenden Inflation und rezessiven Tendenzen zu kämpfen. Die Konjunktur schwächelte zuletzt auch in Chile, Peru und Kolumbien. Der IWF erwartet für Lateinamerika und die Karibik einen Rückgang des Wachstums von 4,1 % im Jahr 2022 auf 2,3 % in den Jahren 2023 und 2024, wobei die Prognosen für 2023 und 2024 um 0,4 bzw. 0,1 Prozentpunkte nach oben korrigiert wurden. Die Aufwärtskorrektur für 2023 reflektiert das unerwartet starke Wachstum in Brasilien, das um 1,0 Prozentpunkte auf 3,1 % nach oben korrigiert wurde, was auf die dynamische Landwirtschaft und die robusten Dienstleistungen in der ersten Jahreshälfte 2023 zurückzuführen ist. Die OECD erwartet für Brasilien in diesem Jahr 3,2 und im nächsten Jahr 1,7 %, was Aufwärtskorrekturen um 1,5 und 0,5 Prozentpunkte entspricht.

Für die **afrikanischen Länder südlich der Sahara** prognostiziert der IWF einen Rückgang des Wachstums auf 3,3 % in diesem Jahr, bevor es sich auf 4,0 % im Jahr 2024 erhöht, wobei die Prognosen für 2023 und 2024 um 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte nach unten korrigiert wurden und das

Wachstum unter dem historischen Durchschnitt von 4,8 % bleibt. Der prognostizierte Rückgang wird mit einer Verschärfung von Unwetterereignissen, globaler Konjunkturabschwächung und inländischen Versorgungsproblemen, insbesondere bei der Stromversorgung, begründet. Das Wachstum in **Nigeria** sieht der IWF auf 2,9 % in 2023 und 3,1 % im Jahr 2024 zurückgehen. Die Prognose für 2023 wurde um 0,3 Prozentpunkte nach unten korrigiert, da die Öl- und Gasproduktion schwächer als erwartet ausfiel, was teilweise auf Wartungsarbeiten zurückzuführen sei. In **Südafrika** wird mit einem Rückgang des Wachstums von 1,9 % im Jahr 2022 auf 0,9 % im Jahr 2023 gerechnet, wobei der Rückgang auf die Stromknappheit zurückgehe, wenngleich die Prognose um 0,6 Prozentpunkte nach oben korrigiert wurde, da die Stromknappheit im zweiten Quartal 2023 geringer als erwartet ausfiel.

Die jüngsten Einschätzungen zur Entwicklung der Weltwirtschaft und ihrer regionalen Komponenten seitens IWF (10.10.) und OECD (19.09.) sind in Tabelle 1 zusammengefasst. Zudem sind die Korrekturen gegenüber den jeweils vorhergehenden Prognosen aus dem Juli (IWF) und Juni (OECD) dargestellt.

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwk.de

Stand

November 2023

Diese Publikation wird ausschließlich als Download angeboten.

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

Bildnachweis

Titel, S. 3, 8: iStock/gilaxia; S. 2: BMWK/Dominik Butzmann;
S. 08, 09: BMWK/bundesfoto/Christina Czybik;
S. 12: Freepik Company S.L./www.freepik.com;
S. 18: Freepik/Galya Andrushko; S. 22: Freepik/
rawpixel.com; S. 23, 25: BMWK; S. 26 links: GIZ/Jens Jeske;
S. 26 rechts: MLV

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwk.de

Zentraler Bestellservice

Telefon: 030 18272-2721
Bestellfax: 030 181027227-21

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.